

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheinungswöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Coloneltzelle für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Sächl. der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Selbstbewertung.

Viele loben dich; ist das ein Grund zur Selbstgefälligkeit, wenn die Menge dich versteht? innerlicher Art müssen deine Vorzüge sein. (Seneca.)

Wie der Unfegen einer Verblendung liegt es über dem Menschenleben, und diese Verblendung verschuldet, daß das Auge des Erdenpilgers nur nach außen gerichtet ist, und nicht nach innen zu blicken vermag in die Tiefe des Seelenlebens. Bei allem Tun und Lassen sieht man hinaus auf die Straße und fragt die Vorübergehenden, was sie wohl dazu sagen, sieht mit Sorgen nach den Mienen der Menge, ob man ihren Beifall oder ihr Mißfallen finde. Es ist nicht der Redner, nicht der Volksführer, nicht der Herrscher allein, der mit fieberhafter Spannung die Stimmung der Massen verfolgt und um ihre Kundtucht: jeder, auch der Geringste, hält immer seinen Blick nach außen gerichtet, und die bange Frage, — „was werden die Leute dazu sagen?“ — wird zum Prüffstein für jedes Wort und jede Tat. Wenn nur „die Leute“ loben, so fühlt man sich reichlich belohnt, selbst wenn dieses Lob mit dem Opfer der Ueberzeugung erkauft ist. So läßt man Weib und Kind zu Hause hungern, um das Lob der Zochkumpane zu finden, läßt den Thron und Altar, um der Menge zu gefallen, wirtt allen Mut und alle Männerwürde weg und wird zum Feigling und zum Sklaven der zügellosen Scharen der Gasse.

Doch wie, wenn die Gutgesinnten ehrlich loben, ist das wohl ein Maßstab des eigenen Wertes? — Die Wurzeln jeglichen Handelns liegen im Verborgenen, in dem tiefsten Seelengrunde. Kein Auge der Außenstehenden kann dorthin dringen, die letzten Motive menschlicher Tat erschäfen. Oft erscheint etwas nach außen mit prächtigem Purpurmantel bekleidet, das im Innern moderner Totengebein ist. Kann niemand das Herz sehen, so kann auch niemand ein gerechtes Urteil fällen. Nur einer kann hineinsehen in die Tiefen der Seele, und das ist jeder einzelne selbst, wenn er sein Auge abzieht von der lärmenden Menge dort draußen und sich in sein eigenes Innere versenkt. Dort spricht eine Stimme, die stets gerecht richtet und die kein Beifall der Straße zu blenden vermag: Das Gewissen. In ihm ist ein zuverlässiger Wertmesser gegeben, der alle Höhen und Tiefen unbestechlich und sicher anzeigt jedem, dem es um wahren Wert der Persönlichkeit zu tun ist. Denn aller Wert der Persönlichkeit ist von außen unerreichbar, ist innerliches Leben.

„Freie“ Wissenschaft.

In Nr. 32 der „Metallarbeiter-Zeitung“ hat sich Herr Rud. Breitscheid veranlaßt gefunden, gegen einen von mir auf dem Verbandstag der christlichen Metallarbeiter gehaltenen Vortrag über die deutsche Wirtschafts- und Zollpolitik zu polemisieren. Aus dem ganzen Inhalt des Artikels geht hervor, daß der Verfasser die Rede gar nicht gehört hat. Wie könnte er sonst von einer „Verteidigung der Preispolitik des Stahlwerkverbandes“ sprechen, wo ich doch ausdrücklich und scharf betont habe, daß es unter allen Umständen zu verwerfen sei, wenn die ausländische Konkurrenz deutsches Roheisen und deutsche Halbfabrikate unter Zurechnung der Frachtkosten billiger erhalte, als das Inland, wo ich ausdrücklich gefordert habe, daß es Aufgabe der Regierung sei, zu untersuchen, wie sich in den letzten Jahren die Preispolitik in dieser Richtung entwickelt habe und eventuell Vorkehrungen zu treffen, derartige schädigende Wirkungen zu verhindern. Diese Forderungen wurden mit allem Nachdruck ausgesprochen. Freilich habe ich bei der Behandlung der Exportfrage mir die Sache nicht so leicht gemacht, wie das die sozialdemokratischen Agitatoren gewöhnlich tun, indem sie einfach behaupten, daß der Inlandspreis um Zoll plus Fracht verteuert werde, sondern ich habe versucht, entsprechendes statistisches Material zu gewinnen. Da zeigte sich nun bei verschiedenen Beispielen, — es gibt ja nur wenig sicheres Material — daß der Freihandel die Frachtkosten nicht mitberücksichtigt hat. Gerade zurzeit der größten Preissteigerung zurzeit des Halbzeugverbandes sind Auslandspreise bekannt geworden, welche für die Beurteilung der Frage interessant sind.

So wurde von englischer Seite behauptet, daß 1903 der Unterschied zwischen Inlands- und Auslandspreis bei Stabeisen 13,70 M. bei Blechen 20,40 M., bei Eisenbahnschienen 42 M. gewesen sei. Sind diese Zahlen richtig, so konnte in England der Preis für Stabeisen höchstens um 13,70 niedriger liegen, als in Deutschland. Der Zollfuß aber betrug 25 Mark; welche konnte in England höchstens 20,40 M. billiger sein als in Deutschland; der Zollfuß betrug aber 30—100 M. Der Preisunterschied bei Eisenbahnschienen kann nicht längere Zeit so stark gewesen sein, da der Zoll bloß 25 Mark betrug, der Unterschied aber mit 42 M. angegeben wurde. Wäre dieser Preisunterschied länger vorhalten gewesen, so würden die Engländer mit Profit, trotz des Zolls, Schienen nach Deutschland geliefert haben. Durch die Gründung internationaler Kartelle ist die Preissteigerung auf dem internationalen Markt zurückgegangen. Gerade die beiden ersten Beispiele zeigen, daß

der Zoll selbst in jener Zeit der ärgsten Auslandskonkurrenz lange nicht voll auf die Inlandspreise geschlagen wurde. Bei der Kartellenquete wurde ferner festgestellt, daß die Preise für die Ausfuhr pro Tonne Halbzeug um 14 Mark billiger standen als im Inland. Darin waren aber die Frachtkosten, die bis zum englischen Wert 15 M. ausmachten, nicht enthalten. Dem englischen Wert kam die Tonne auf 81 M., während der deutsche Inlandspreis 80 M. betrug.

Gerade dieses Beispiel zeigt, wohin wir kämen, wenn wir keine durch Zollleistungsfähig gewordene Industrie hätten. Denn, wenn das englische Wert die deutsche Ware um 81 Mark kaufte, so mußte der Preis englischer Ware mindestens ebenso hoch stehen. Wären wir also auf englisches Halbzeug in jenen Tagen angewiesen gewesen, so hätten wir 81 Mark und 15 Mark Frachtkosten, also 96 Mark bezahlen müssen, während im Inland die Tonne trotz des Schutzzolles für 80 Mark zu haben war.

Im Anschluß an diese Beispiele sagte ich: man müsse bei der Beurteilung der Frage vorsichtig zu Werke gehen und forderte auch in diesem Zusammenhang möglichst umfassende Untersuchungen über die wirkliche Gestaltung der Auslands- und Inlandspreise.

Schon aus diesen wenigen Angaben ist ersichtlich, daß Herr Breitscheid der Versammlung gar nicht angewohnt haben kann; denn sonst würde seine obige Behauptung auf seine schriftstellerische Ehrlichkeit ein sehr bedenkliches Licht werfen. Er wird die Unterlagen aus dem sozialdemokratischen Presseberichten entnommen haben. Die Art aber, wie diese Presse über die Tagung der christlichen Metallarbeiter berichtet, ist in der damaligen Versammlung im Beisein des Abg. Spiegel genügend gebrandmarkt worden. Die Tatsachen sind bei jener Berichterstattung in einer Weise auf den Kopf gestellt worden, daß es die Selbstachtung verbietet, sich mit solchen Berichten auseinanderzusetzen. All die statistischen Nachweise über den Aufschwung des deutschen Wirtschaftslebens, besonders der deutschen Eisenindustrie wurden einfach unterdrückt. Die sozialdemokratische Presse wußte warum. Gegen diese Nachweise konnte sie nichts anführen.

Was nun die Breitscheidschen Ausführungen anlangt, so gehen auch sie über all die zahlreichen Materialien, die zur Bewertung unserer Handelspolitik geboten wurden, hinweg und verschieben die Diskussionsfrage auf ein ganz anderes Geleise: auf das beliebte Thema der Lebensmittelvertenerung durch den Schutz Zoll. Der Verfasser des Artikels bezieht sich auf eine Schrift von Theodor Mies über den „Rhein-Schiffbau am deutschen Rhein und in den Niederlanden“. Er jagt wörtlich folgendes:

„In der Tat, die Löhne sind am deutschen Rhein höher als in den Niederlanden, und zwar um ein sehr beträchtliches Stück. Mies hat den tatsächlich ausbezahlten Durchschnittslohn an den Plätzen berechnet, wo sich Schiffbauwerkstätten befinden und in Mark folgende Sätze festgestellt:

In Deutschland: Koblenz 0,33; Köln-Deich 0,52; Mannheim 0,44. In Holland: Ablasserdam 0,26; Dordrecht 0,21; Groningen 0,18; Hoogezand 0,18; Kapelle a. d. Zijfel 0,23; Krinpen a. d. Zijfel 0,25; Papendrecht 0,25; Rotterdam 0,26; Sliedrecht 0,17; Sijfferwer 0,22.

Der Durchschnittslohn ist in Mannheim demnach doppelt so hoch, als an den meisten niederländischen Plätzen und in Köln sogar dreimal höher als in Sliedrecht, Groningen und Hoogezand.

Da haben wir also des Rätsels Lösung: die hochgespannten Ansprüche der deutschen Arbeiter sind es, die die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig machen, genau so wie es das organisierte Schmarzhandwerk immer wieder behauptet hat. Gemacht! Auch wenn wir nichts in den Händen hätten als die nackten Lohnzahlen, müßten dem einigermaßen volkswirtschaftlich Gebildeten Zweifel kommen, ob denn wirklich ein Arbeiter mit so viel geringeren Einkünften ebenso gute und wertvolle Leistungen vor sich bringen könne, als der besser entlohnte Kollege. Und in Wirklichkeit können die Lohnzahlen überhaupt gar nicht in Vergleich gestellt werden; das wird klar, sobald wir die Handelspolitik mit in die Rechnung einbringen. Nicht die absolute Lohnhöhe ist für den Arbeiter entscheidend, sondern die Kaufkraft der Summe, die er erhält, und da hat Mies mit außerordentlich viel Fleiß festgestellt, daß der Lohnempfänger im freihändlerischen Holland weit besser dasteht als der deutsche. Das wichtigste: alle Lebensmittel sind in den Niederlanden bedeutend billiger als im deutschen Rheinland. Beispielsweise kostet

1/2 Kilogr. Roggenbrot	in Groningen	6 1/2	in Koblenz	19 1/2
1/2 „ Weizenbrot	„ Papendrecht	7 1/2	„ „	17 1/2
1/2 „ „	„ Groningen	67 1/2	„ „	108 1/2
1/2 „ „	„ „	59 1/2	„ „	100 1/2

Wenn man nach den Berechnungen des kaiserlichen statistischen Amtes den Durchschnittsverbrauch einiger Lebensmittel für eine Durchschnittsfamilie auf Holland überträgt und mit den deutschen Verhältnissen vergleicht, so ergibt sich in Koblenz eine Jahresausgabe von 467,28 M., in Hoogezand eine von 304,73 M.

Was in allem: Nach Mies' Untersuchungen braucht der niederländische Arbeiter für die gleiche Nahrungsmenge zwei Drittel dessen zu zahlen, was der rheinische zahlen muß. Die Nahrungskosten nehmen im niederen Etat des Niederländers einen kleineren Prozentsatz ein als im höheren des deutschen Rheinländers. So wirken Schutz Zoll auf der deutschen und Freihandel oder keine Finanzzölle auf der holländischen Seite.

Wenn Herr Breitscheid meint, nun müsse alles gegen diese Behauptungen verflammen, so täuscht er sich ganz gewaltig. Ich bin ihm für diese Feststellungen sehr dankbar. Denn er beweist zahlenmäßig das, was ich einleitend bei meinem Vortrage behauptet habe, daß nämlich die Vertenerung der Lebensmittel in weit höherem Grade von anderen Ursachen, als von der Handelspolitik verursacht werde. Freilich ahnte er nicht, daß gerade in den angegebenen Zahlen eine eklatante Widerlegung der sozialistischen Behauptungen, welche die ganze Lebensmittelvertenerung auf das Konto der Schutzpolitik schieben, enthalten ist.

Nehmen wir einmal an, der Zoll würde vollkommen auf die Inlandspreise geschlagen, — was aber noch von der sozialdemokratischen Presse zu beweisen bleibt —, um wie viel würden dann die genannten Lebensmittel verteuert werden? In Brentanos Schrift gegen die Getreidezölle wird angegeben, daß die Mehlsansbeute bei den Windmühlen für Roggen 80—90 Proz., also durchschnittlich 85 Proz., bei Großmühlen für Roggen 60—70 Proz. (Durchschnitt 65 Proz.) bei Großmühlen für Weizen 70—80 Proz., also 75 Proz. betrage. Legen wir diese Durchschnitte zugrunde, so ergibt sich, daß man für 1 Kilogramm Roggenbrot aus Mehl der Windmühlen 1,17 Kg., aus Mehl der Großmühlen dagegen 1,54 Kg. Roggen, für 1 Kg. Weizenbrot 1 1/2 Kilogramm Weizen braucht. Im Brote ist aber immer eine gewisse Menge Wasser enthalten. In Wirklichkeit braucht man also erheblich weniger Mehl. Doch wollen wir darauf gar nicht Rücksicht nehmen. Selbst unter der Annahme, daß der Zoll voll auf den Preis geschlagen würde, daß ferner für 1 Kg. Brot auch 1 Kg. Mehl notwendig wäre, würde die Vertenerung bei 1/2 Kg. Roggenbrot 3—3 1/2 Pfennig, bei 1/2 Kg. Weizenbrot 3 1/2 Pfennig betragen.

Nun aber beträgt in den von Breitscheid angeführten Fällen der Unterschied bei Roggenbrot 13 Pfennig, bei Weizenbrot 10 Pfennig, also drei- und viermal so viel als bei der allerhöchsten Berechnung die Zollbelastung betragen könnte.

Ähnlich ist es bei Fleisch. In den Zahlen der Metallarbeiterzeitung zeigt sich für Ochsen- und Schweinefleisch ein Unterschied von je 41 Pfennigen pro Pfund. Der Zoll aber beträgt für 1 Pfund Fleisch im Verlagszolltarif 13 1/2 bis 17 1/2 Pfennig, bei Einfuhr von Rindfleisch zum Schlachten 4—7 1/2 Pfennig, im autonomen Tarif 9 Pfennige pro Pfund Lebendgewicht.

Wenn also der Zoll die einzige Ursache der Preissteigerung wäre, so dürfte das Roggenbrot nicht 19 Pfennig, sondern nur 9 bis höchstens 10 Pfennig, das Weizenbrot nicht 17 Pf., sondern nur 10—11 Pf., das Ochsenfleisch nicht 108, sondern höchstens 80—84 Pf., das Schweinefleisch nicht 100, sondern höchstens 72—76 Pf. kosten.

Gerade die von Breitscheid gebrachten Zahlen beweisen, daß die Hauptursachen der Teuerung auf ganz anderem Gebiete zu suchen sind, als auf zollpolitischem. Eine richtige Teuerungspolitik hat deswegen erst an ganz anderer Stelle einzusetzen. Der Verfasser freilich will seinen Lesern glauben machen, daß diese großen Preisunterschiede auf die Zollpolitik zurückzuführen sind. Daß er sich hier schwer getäuscht hat, zeigt der obige ziffernmäßige Nachweis, wobei um das nochmal zu betonen, die denkbar höchste Grenze des Zollausschlags angenommen wurde.

Wir müssen aber die Frage stellen: Würde denn eine Beseitigung der Zölle wirklich zu einer starken Verbilligung der Lebensmittel führen? Gerade die vom Kritiker angeführten Zahlen lassen das höchst unwahrscheinlich erscheinen. Wenn schon heute es den Händlern und Produzenten gelingt, die Lebensmittelpreise um das Drei- und Vierfache höher zu stellen, als selbst die höchstmögliche Zollbelastung ist, würde dann nicht einfach die durch Zollbeseitigung herbeigeführte Verbilligung der Produktionskosten in die Taschen dieser Kreise fließen? Müßten aber würde durch die infolge der Unrentabilität erfolgende Produktionseinschränkung der Landwirtschaft das Angebot von Lebensmitteln geringer werden. Der Weltmarktpreis müßte steigen und wir würden dann dem Ausland noch weit höhere Preise für seine Produkte zahlen als heute. Hat der Kritiker vielleicht einmal darüber nachgedacht, warum in London die Milch pro 1,13 Liter im vorigen Herbst 43 Pfennig, bei uns aber die gleiche Menge 25 Pfennige kostete? Würde der deutsche Milchpreis ebenso hoch sein, als der englische, so würde unser Milchkonsum um 1500—1600 Millionen Mark im Jahre mehr kosten als heute.

Herr Breitscheid verschweigt, daß ich hinsichtlich der Fleischzölle meiner persönlichen Ansicht dahin Ausdruck gegeben habe, daß ich freie Einfuhr von Geflügelfleisch für die Landwirtschaft als unethisch erachte. Er verschweigt all die Feststellungen, welche ich gemacht habe über die Kräftigung des Inlandsmarkts durch den Anschaffung der Landwirtschaft, über die große Nachfrage nach Maschinen, nach künstlichen Düngemitteln (Thomasschlacke, Ammoniak, Kalk usw.). Er verschweigt, welche verheerenden Wirkungen eine Beseitigung der Zölle gerade für unseren Arbeiterstand hätte, indem dadurch eine Krisis von ungeheurer Tragweite über die Industrie hereinbrechen müßte. Er verschweigt die Feststellung des Herrn Sieberts, daß Karl Marx selbst bekannt hat, er stünne für den Freihandel, weil derselbe (also der Freihandel) den Gegensatz von Bourgeoisie und Proletariat auf die Spitze treibe und so die soziale Revolution beschleunige.

Doch, ich muß noch auf einen Punkt der Breitscheid'schen Behauptungen hinweisen. Er führt an, daß die Löhne in den Niederlanden so sehr viel niedriger sind, als in den zur Untersuchung gestellten deutschen Orten. Nach den angeführten Stundenlöhnen würde ein Werftarbeiter bei 8000 Arbeitsstunden im Jahre verdienen:

in Deutschland:		in Holland:	
Koblenz	990 Mark	Grontingen und Doorgeand	540 Mark
Mannheim	1320 "	Dordrecht	690 "
Köln-Denz	1560 "	Stredrecht	510 "
		Stakterweer	800 "
		Kapelle a. d. J.	600 "
		Stringen	750 "
		Pappendrecht	
		Willemsdam	780 "
		Rotterdam	

Es würde also bei 3000 Arbeitsstunden der deutsche Arbeiter 990 bis 1560 Mark, der holländische aber nur 510-780 Mark verdienen. Die am besten gelohnten Köln-Deutzer Arbeiter verdienen genau doppelt so viel, wie die am besten gelohnten Arbeiter in Holland.

Man berechnet Breitscheid, daß infolge der Unterschiede in den Lebensmittelpreisen eine holländische Arbeiterfamilie für die wichtigsten Lebensmittel 304,73 Mark, eine Koblenzer aber 467,28 Mark auszugeben habe. Der Koblenzer Familienvater hat also dank unserer teuren Lebensverhältnisse 162,55 Mark mehr aufzuwenden, als der Holländer. Sein Verdienst aber ist um 450 Mark höher. Und das Verdienst des Köln-Schiffbauarbeiters ist um 780 Mark höher, als das der bestgelohnten Holländer. Ich glaube, keinem dieser deutschen Arbeiter würde es einfallen, mit dem Holländer zu tauschen.

Wer zudem glauben wollte, daß die Summe von 162,55 Mark auf die Zollbelastung zurückzuführen sei, der wäre vollkommen im Irrtum. Erstens ist nicht gesagt, wieviel Nahrungsmittel in dieser Summe enthalten sind, auf deren tatsächliche ein Zoll ruht, sodann haben die obigen Ausführungen gezeigt, daß im allerhöchsten Falle 1/4-1/3 der Preisspannung auf das Konto des Schutzzolls zu schieben wäre.

Aber gerade die Tatsache der kolossalen Lohnunterschiede ist von ausschlagender Bedeutung. Wenn der bestgelohnte Holländer nur 780 Mk., der bestgelohnte Deutsche (in dieser Arbeiterkategorie) aber 1560 Mk. bei 3000 Stunden Arbeit verdienen kann, dann wird er wegen einer um 162 1/2 Mark teureren Lebenshaltung den Kollegen im freihändlerischen Holland nicht beneiden. Und da hat der Kritiker noch den Mut, zu schreiben: „So wirken Schutzzoll auf der deutschen und Freihandel oder kleine Finanzzölle auf der holländischen Seite.“

Zudem ist nicht das wichtig, wie viel Prozent ihres Lohnes, der Hoogezander und der Koblenzer Arbeiter für die Nahrungskosten aufwenden müssen, sondern, wie viel ihnen nach Abzug dieser Nahrungskosten noch bleibt. Da bleiben dem Hoogezander noch rund 236 Mark, dem Koblenzer aber noch 522,72 Mk. Und wenn wir gar den Rotterdamer und den Köln-Schiffbauarbeiterlohn vergleichen, so bleiben beim ersteren unter Annahme der gleichen Lebensmittelpreise 476 Mark, beim Köln-Schiffbauarbeiter aber 1093 Mark.

Herr Breitscheid hat mit seinem Artikel wirklich dankenswertes Material geliefert. Wenn er meint, unsere Industrie sei infolge der Schutzzölle konkurrenzunfähig auf dem Weltmarkt geworden, so mag er sich durch diese Sorge den Schlaf nicht stören lassen. Vielleicht hat er einmal irgendwo gehört oder gelesen, daß unsere Hoheisenproduktion sich von 2,2 Mill. Tonnen im Jahre 1879 auf 15 1/2 Millionen Tonnen im Jahre 1911, also um 700 Proz. gesteigert hat, dank dem Schutzzoll, daß die englische Hoheisenproduktion in der gleichen Zeit trotz ihres gewaltigen Vorsprungs von 6 Mill. nur auf 10 Millionen Tonnen gestiegen ist, also unter dem glorreichen Freihandel um ganze 66 Proz. zugenommen hat. Man dürfte ihm auch sein, daß der Wert der deutschen Maschinenausfuhr von 35 Mill. Mark im Jahre 1880 gestiegen ist auf 545 Millionen im Jahre 1911; daß die Einfuhr von Waren der Metallindustrie von 1907-1911 von 545 auf 470 Millionen gesunken, die Ausfuhr dagegen von 1627 auf 2119 Millionen Mark gestiegen ist. Vielleicht hat der Kritiker auch schon einmal gehört, daß derjenige Zweig in der Metallindustrie, dem es gegenwärtig wohl am schlechtesten geht, die Uhrenindustrie ist. Er möge einmal fragen, warum das liegt. Dann wird er erfahren, daß Deutschland auf Taschenuhren nur 40 bis 80 Proz. Zoll (im Vertragsstadium) erhebt, während die Zölle anderer Länder ein Vielfaches betragen. Der ungenügende Zollschutz ist an der schlechten Lage der Uhrenindustrie schuld.

Warum sagt Herr Breitscheid seinen Lesern nicht, daß der relative Anteil Deutschlands am Außenhandel der Welt von 10% auf 12 1/4 Proz. in der Zeit von 1900-1907 gestiegen, während der englische in derselben Zeit von rund 20 Proz. auf 17 1/2 gefallen ist, daß also selbst

auf dem Gebiete des Außenhandels, wo England heute noch führend ist, das schutzöllnerische Deutschland eine raschere Entwicklung durchmacht, als das freihändlerische England. Warum wird verdrängt, daß England mit seinen 46 Millionen Einwohnern im Jahre 1907 eine Auswanderung von 395 000 Menschen (1911 sogar von 454 000) hatte, denen nur 160 000 Ein- und Rückwanderer gegenüberstehen, während Deutschland trotz seiner 66 Millionen Einwohner nur etwa 20 000-30 000 Auswanderer, dagegen Preußen allein eine jährliche Einwanderung von 1/4 Millionen aufzuweisen hat. Welches System hat sich demnach bewährt: Der Freihandel oder der Schutzzoll?

Das sind nur ein paar Tatsachen aus einer ganzen Reihe von Materialien, welche ich in Dortmund meinen Ausführungen zugrunde gelegt habe.

Alle diese Tatsachen hat die sozialdemokratische Berichterstattung und nun auch der Artikel von Breitscheid unterdrückt. Das genügt zur Charakterisierung der gegnerischen Kampfmethode. Dr. Paul Deusch.

Ein beachtenswertes Urteil gegen die Gelben

finden wir in Nr. 30/1912 des „Evangelischen Arbeiterboten“ des Organs des Rheinisch-Westfälischen und des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine Deutschlands. Unter der Überschrift „Christlich-nationale Arbeiterbewegung und nationale Arbeiterverbände“ veröffentlicht dort Herr Marinbaumeister Georg Linde einen Artikel, worin er auf Grund seiner Erfahrung und aus sachlichen Motiven heraus zu einer glatten Ablehnung der Gelben kommt. Da die Ausführungen einen weiteren Kreis unserer Kollegen interessieren dürften, geben wir sie nachstehend im Wortlaut wieder:

„Neulich hatte ich Gelegenheit, beim Besuch eines großen Sättenerwerkes mit einigen Arbeitern über die Arbeiterverbände zu sprechen. Sie gehörten dem Werkverein der Sättler an und lobten ihn sehr. Zu Weihnachten gäbe es immer 30 Mk., die Beiträge sind dafür sehr gering, auch würden Vorträge abgehalten und die Vergütungen fehlten auch nicht, und dazu fände man sich mit den Meistern ganz gut, wenn man dem Verein angehörte.“

Auf meine Fragen nach den gleichfalls am Ort bestehenden Evangel. und Kathol. Arbeitervereinen erhielt ich Antworten, die erkennen ließen, daß beide Vereine gern gesehen sind und Verständnis dafür vorhanden war, der Sättelverein aber wäre doch bei weitem der bessere. Nun brachte ich die Frage auf die christlichen Gewerkschaften, und da wurde man — gelinde gesagt — ängstlich.

Christliche Gewerkschaften und Sozialdemokratie zählten als ein und dasselbe, und wer etwa den christlichen Gewerkschaften angehören wollte, würde sofort an die Luft gesetzt werden. Der alte kirchliche Standpunkt scheint demnach doch noch Geltung zu haben. Als ich dann die Absicht, den leitenden Beamten des Werkvereins sprechen zu wollen, äußerte, hat mich höchst merkwürdigerweise der sonst so geprügte Begleiter dringend, doch ja nicht seinen Namen zu nennen oder etwas von unserem Gespräch zu erwähnen. Dieser Wunsch war mir ganz unverständlich, und ich konnte die Frage nach dem „Warum“ nicht unterdrücken. Eine ausreichende Antwort ließ erkennen, daß hier wohl ein ganz „gelinder“ Zwang von „oben“ obwalte. Unwillkürlich mußte ich darauf antworten: „Ein christlich-nationaler Arbeiter würde wohl nicht so ängstlich sein und würde wohl Neben- und Ansichten jederzeit vertreten können.“ Mit der Unterhaltung war es nun zu Ende, denn — man fürchtete sich.

Hätte ich bisher die Werkvereine für eine zielbewusste Kampftruppe gegen die Sozialdemokratie gehalten, die einem wirklichen Bedürfnis entsprechend aus Arbeiterkreisen heraus entstanden sind, so hat mich diese Unterhaltung eines Besseren belehrt. Bei den Werkvereinen und ähnlichen spielt der Arbeitgeber die Hauptrolle, und der wirkliche Leiter des Werkvereins ist ein Werkzeug des Arbeitgebers und nicht der Erwählte der Arbeiter, denn sonst könnte man es nicht erklären, daß der einzelne Arbeiter so ängstlich eine etwaige Aussprache mit diesem über eine Unterhaltung mit Fremden über den Werkverein usw. vermeiden wissen will. Hier liegt ein Zwang vor, der einer gelunden Arbeiterbewegung im nationalen Sinne nur schaden kann.

Gerät wären Werkvereine ideal, wenn sie die alten patriarchalischen Zustände, wie sie früher im Kleinbetrieb waren, wieder herbeiführen könnten, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer friedlich und ohne Streit oder Streitgedanken ständig miteinander arbeiten könnten. In kleinen Werken, wo der Leiter oder Besitzer noch jeden Arbeiter persönlich kennt, ist das wohl möglich, ebenso wie es auf dem Lande noch möglich ist, wo ja bekanntlich

sich der Gutsherr viel mehr persönlich um seine Arbeiter kümmert, als der Fabrikherr in der Stadt. In großen Werken mit Hunderten und Tausenden von Arbeitern kann aber davon gar keine Rede mehr sein. Hier kümmert sich kaum noch der einzelne Betriebsleiter um seine Arbeiter. Er hat es ja auch gar nicht nötig, denn für alle Arbeiterangelegenheiten besteht ja eine besondere Stelle, die ihm jede Arbeit, sogar die der Annahme und Entlassung der Arbeiter abnimmt, von Arbeiterfürsorge und Wohlfahrtsanstaltungen überhaupt nicht zu reden. Der Leiter dieser Arbeiterzentrale ist natürlich nun aber gar nicht in der Lage, sich um Einzelheiten zu kümmern oder persönlich Führung zu nehmen und gerade letzteres ist die Hauptfache. Wer noch am meisten Führung mit den Arbeitern eines großen Werkes hat, sind Meister und Werkführer, und sollten sie nicht auch in den Werkvereinen eine gewisse Rolle spielen? Nun ist aber wieder der Meister ganz unselbständig und dem Werk gegenüber nur für eine tüchtige Arbeit mit gutem Gewinn verantwortlich. Das bringt aber leicht ein Ausdrücken nach oben und ein Treten nach unten mit sich. Man spricht von Gänzlichkeits- und Meisterwirtschaft, was beides für den selbstbewußten Arbeiter nicht immer zum Vorteil sein kann. Natürlich gibt das nicht im allgemeinen, und vor allem darf man deswegen die Bedeutung und die Verdienste dieser Angestellten nicht herabsetzen wollen, zumal ohne sie ein Betrieb unmöglich ist. Aber ist es nicht menschlich, wenn der Meister mehr auf den Herrn als auf den Arbeiter sieht? Werkvereine, in denen also die Meister irgendeine Rolle spielen, werden demnach immer mehr die Arbeitgeberinteressen vertreten müssen. Daran ändert auch nichts, die Bestimmung, daß an die Spitze Männer der Praxis gestellt werden müssen, wie es die Werkvereine verlangen.

Wenn dann auf der Versammlung der nationalen Arbeiter gesagt wurde, daß Geistliche und Sekretäre nicht an der Spitze von Arbeiterorganisationen stehen dürften, weil sie von der Praxis nichts verstanden, so muß man doch entgegenhalten, daß gerade Geistliche und Arbeitersekretäre — letztere gehen zum größten Teil aus dem Arbeiterstande hervor — die wirklichen Bedürfnisse der Arbeiter kennen, weil sie in viel engeren Beziehungen zu ihnen kommen, als etwa der Leiter eines 1500 Mitglieder zählenden Werkvereins, und daß sie aber andererseits nicht einseitig sind, weil sie wohl auch im allgemeinen die Bedürfnisse der anderen Bevölkerungskreise kennen. Es gibt ja nämlich außer Sättelbesitzern und Aktionären und Arbeitern auch noch andere Leute. Und das ist ja gerade das Verdienst der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, daß sie nicht nur dem Arbeiter und Arbeitgeber, sondern auch den anderen Ständen gerecht werden will. Aus diesem Grunde wäre es nur durchaus wünschenswert, wenn sich die Anhänger anderer Stände um diese Arbeiterbewegung mehr kümmern würden, denn nur so ist eine Verständigung und ein Ausgleich möglich.

Die Zersplitterung, die durch die „Gelben“-Verbände in die anti-sozialdemokratische Arbeiterbewegung getragen ist, wird zweifellos nicht zum Ausgleich der Gegensätze beitragen. Vielleicht kommen aber einmal die Arbeitgeber zu der Einsicht, daß die allgemeinen nationalen Interessen — die ihnen doch auch am Herzen liegen müssen — von der christlich-nationalen Arbeiterbewegung am meisten gewahrt werden, und daß so besondere Werkvereine oder besondere vaterländische Arbeitervereine eigentlich überflüssig sind.“

Aus der Oberpfalz.

Zwei größere Werke, die Maxhütte sowie die Amberg-berger Emailier- und Stanzwerke sind schon einige Jahre hindurch zu einem Teile des Elborado der sogenannten „wirtschaftsfriedlichen“ (gelben) Bewegung. Einige Erfahrungen aus der gelben Praxis dieser Werkvereine verdienen auch hier registriert zu werden.

Das namenlose Elend in so manchen Arbeiterfamilien hat seine Ursache in traurigen Lohnverhältnissen. Die Schlachtlöhne im Rosenberger Werk der Maxhütte stehen zum übergroßen Teil trotz der schweren Arbeit zwischen 3 und 4 Mk. Nur wenige verdienen mehr als 4 Mk., doch gibt es eine Reihe von Arbeitern, die unter 3 Mk. täglich verdienen. Vor wenigen Jahren waren die Löhne noch weit geringer. Dank dem steten Drängen des christlichen Metallarbeiterverbandes (durch Eingaben, Beschwerden, öffentliche Kritik, Versammlungen und dergl.) hat sich manches gebessert. Einem namhafteren Fortschritt stellte sich die Leitung des gelben Werkvereins regelmäßig hemmend in den Weg, wie sich dies erst kürzlich wieder gezeigt hat.

Nicht besser liegen die Verhältnisse im Amberger Emailierwerk. Die Wochenlöhne für erwachsene Arbeiter bewegen sich dort zwischen 14 bis 18 Mk. Selten überschreiten die Löhne 18 Mk. Manchmal bleibt der Lohn lange, recht lange bewegungslos noch unter 14 Mk. Die zahlreichen Arbeiterinnen gehen mit Wochenlöhnen von 6 bis 12 Mk. nach Hause. In

Ein optisches Pyrometer.

(ATK.) Nachdruck verboten.

Wenn Eisen heiß gemacht wird, so zeigt sich bekanntlich nach einer gewissen Zeit Rotglut. Dabei sendet das Metall neben den dunklen Wärmestrahlen noch solche aus, deren Wellenlänge schon gering genug ist, um auf die Netzhaut unseres Auges einwirken zu können. Mit weiter steigender Temperatur treten dann immer brechbarere Strahlen auf, und wenn sie allein vorhanden wären, so würde das heiße Eisen nach und nach in den verschiedenen Regenbogenfarben erstrahlen. Da sich jedoch die neue Emission stets mit der alten mischt, so nimmt das Licht einen immer mehr indifferenten Charakter an: mit dem Hinzutreten der langwelligen Strahlen bildet sich nämlich die Weißglut heraus. Jedenfalls ist zu konstatieren, daß man deshalb auf rein optischen Wege schon eine, wenn auch rohe Temperaturbestimmung vornehmen kann. Man kann eben feststellen, daß der rotglühende Körper eine weit niedrigere Temperatur haben muß, als derjenige, welcher bereits in Weißglut befindlich ist.

Neben der Lichtfarbe ist es die Intensität der Lichtstrahlung welche auf optischem Wege Schlüsse auf Temperaturgrade machen läßt. Bekanntlich nimmt bei erhöhter Temperatur die Strahlungsintensität zu. Nicht nur absolut — was sehr selbstverständlich erscheint —, sondern auch relativ. Je höher nämlich die Temperatur eines glühenden Körpers ist, ein desto größerer Teil seiner Wärmeenergie wird in leuchtende Strahlung umgewandelt. Daraus beruht ja auch die günstige Deformation der Hohlglühlampe, welche bei hoher Temperatur des Glühbogens einen relativ günstigen Effekt zu verzeichnen hat.

Es läßt sich nun beispielsweise eine Glaszelle konstruieren und mit einer anisotropen farbigen Lösung füllen, welche ja bekanntlich ist, daß die Strahlung eines Körpers, welcher

nicht über 100 Grad heiß ist, nicht sichtbar wird, daß es aber erkennbar wird, wenn seine Temperatur jenen Betrag überschreitet.

Das „Stereopyrometer“ ist nun ein Instrument, welches auf optischem Wege im Sinn der eben gegebenen Ausführungen die Prüfung von hohen Temperaturen möglich machen will. Es stellt eine Art Binocle dar, vor welches verschiedene kleine zylindrische Zellen mit bestimmten Lösungen eingeschaltet werden, durch welche hindurch glühende Körper betrachtet werden sollen. Es steht eine größere Zahl solcher Zellen zur Verfügung, welche der Messung von Temperaturen von 550 bis 2000 Grad dienen sollen. Jede Zelle ist mit einer Zahl versehen, und diese zeigt an, von welcher Temperatur an eine Glut sichtbar wird. Ist zum Beispiel die Glut eines Ofens zu messen, so genügt es, ein kleines Schauloch zur Verfügung zu haben. Der Beobachter stellt sich dann genügend weit auf, um von der Hitze nicht belästigt zu werden, legt sein Instrument an die Augen und prüft, wie sich die Zellen verhalten, welche er in Gebrauch genommen hat. Da der Apparat stereoskopisch und binocular arbeitet, ist ein deutliches Erkennen gesichert.

Gehen wir noch etwas konkreter auf eine derartige Unternehmung ein. Es soll also die Temperatur einer Glut gemessen werden, welche in einem Ofen herrscht. In den meisten Fällen wird nun ein Beobachter umgekehrt orientiert sein, welche Temperatur zu vermessen ist, und dieser Umstand erleichtert das Messen natürlich sehr. Die Temperatur werde auf 1000 bis 1100 Grad Celsius taxiert, und es soll nun durch eine Messung festgestellt werden, ob das tatsächlich der Fall ist. Dann wird der Beobachter zweckmäßig vier Zellen vorschalten — wozu Raum vorhanden ist. Bezeichnen wir die Reihe nach mit 1, 2, 3, 4, so würde Nummer 1 und 2 für 1000, Nummer 2 und 3 für 1100 Grad einzuschalten sein, wobei das eine Auge durch 1 und 2, das andere durch 3 und

4 schaut. Erscheint nun das Bildchen des Ofenloches mit einem rötlichen Schein in 1 und 3, während die beiden anderen Zellen nichts erkennen lassen, so kann man schließen, daß die Temperatur zwischen den angenommenen Grenzen liegen müsse. Erscheinen dagegen alle Zellen dunkel, so ist sie niedriger, als angenommen war; wird aber die Glut in allen vier Zellen sichtbar, so hat sie offenbar die Temperatur von 1100 Grad schon überschritten.

Will man bei einer Temperatur, welche offenbar steigt beispielsweise konstatieren, wann sie den Betrag von 1500 Grad erreicht hat, so benutzt man Zellen für diese Temperatur, oder vielleicht solche für 1500 Grad für die nächst niedrige Stufe. Man hat dann nur abzuwarten, bis der glühende Körper zuerst in dem einen, dann in dem andern Zellenpaar bemerkbar wird. Und in entsprechender Weise kann man auch konstatieren, wann eine abnehmende Temperatur eine gewisse Tiefe erreicht hat. Ist Glut nicht mehr in den Zellen zu erkennen, welche zum Beispiel auf 550 Grad abgestimmt sind, so ist die Hitze offenbar geringer geworden.

Natürlich hat der Gebrauch des Stereopyrometers auch seine Grenzen. Selbstredend kann man nur glühende Körper messen, die man sieht, und es werden die Messresultate oft täuschend sein, wenn gewisse Eblörungen wirksam geworden sind. Hierher gehören besonders: Kohlenoxyd, Kohlenäure, Wasserdampf und Rauchmassen. Diese beeinträchtigen natürlich die Wirksamkeit der Strahlung, und es ist klar, daß dann die abgelesenen Zahlen zu niedrig sein müssen, da sich ja die Strahlungsintensität gewissermaßen hinter dem Schleier dieser Stoffe versteckt.

Abgesehen davon bedeutet das Stereopyrometer aber ein Instrument, welches bei geringem Preise äußerst einfach zu handhaben ist, und das darum jedem intelligenten Arbeiter in die Hand gegeben werden kann. Ha

diesem Werke hat seit 1908 ein gelber Unterstützungsverein die Interessen der Arbeiterschaft vertreten. Mit den Eitelabsätzen könnten diese Interessen nicht schlimmer mißhandelt werden, wie dies von den Gelben geschehen ist. Kein Wunder, wenn die Löhne durchweg hinter der Teuerung zurückblieben, in der gleichen Zeit, wo alle Welt sich mehr oder weniger erfolgreich um besseres Einkommen bemühte. Zudem stehen die Lebensmittelpreise zum guten Teil noch höher als in manchen Großstädten. In Amberg hat die vierjährige gelbe Praxis der Arbeiterschaft nur ein schweres Joch und Einschränkung der Freiheit gebracht.

Seinerzeit erfolgte durch Vermittlung unseres Verbandes im Emailwerk Fulda für die Brenner die Einführung der Achtstundenschicht. Die Achtstundenschicht wurde für die gleiche Arbeitergruppe auch im Amberger Emailwerk eingeführt. Diesen „Erfolg“ wollen wir dem gelben Werkverein nicht streitig machen. Ein kleiner Saft hat diese Schichtenteilung in Amberg allerdings. Man hat anscheinend absichtlich vergessen, die Arbeiter zur dritten Schicht einzustellen, ja die Arbeiterzahl wurde sogar noch verringert. So beträgt die Arbeitszeit einmal 8 Stunden und das andermal 16 Stunden des Tages. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt somit für die Brenner: in Amberg 72 Stunden, in Fulda 48 Stunden. Wenn die größte Stundenzahl der Arbeitszeit bei niedrigster Bezahlung als größter Erfolg gebucht werden kann, dann hat der gelbe Werkverein die schönsten Erfolge aufzuweisen.

Es ist weiter nicht zu verwundern, wenn auch die Behandlung der Arbeiterschaft sehr viel zu wünschen übrig läßt. Das eine steht unzweifelhaft fest. Die Praxen der am gelben Stiftungsfeste sind bis heute viel teurer geworden, als die Mitglieder des Werkvereins es je gehabt hätten. Geringe Löhne, überlange Arbeitszeit u. dergl. mehr sind ein teurer Preis. Es wäre indes ungerecht, zu behaupten, die gelbe Bewegung wäre immer „bewegungslos“ so oft Arbeiterinteressen in Frage stehen. Für den Eifer dieser Leute ein Beispiel aus jüngster Zeit. Eine Arbeitergruppe der Maxhütte in Rosenberg wendete sich an die Direktion und an den Arbeiterausschuß um Lohnhöhung. Das Mißlingen war umso mehr berechtigt, als die Teuerungszulage in Wegfall kommen soll. Das diesbezügliche Schreiben der Verwaltungsstelle des christlichen Metallarbeiterverbandes wurde jedoch zurückgewiesen. Daraufhin haben sämtliche Arbeiter der betr. Berufsgruppe zum gleichen Zweck ihre Unterschrift hergegeben. — Inzwischen war die Leitung des gelben Werkvereins auch nicht müßig. Es muß dem gelben Vorstand anerkannt werden, daß er mit beispiellosem Eifer für die Interessen der — Aktionäre eingetreten ist. Sonst im Leben erwartet man von einer Organisation, daß sie die Mitglieder nachdrücklich unterstützt, soweit es sich um eine gerechte Sache handelt. Im vorliegenden Falle aber erhielten diejenigen Arbeitskollegen, die unter ihre berechtigten Lohnwünsche gemeinsam ihren Namen setzten und Werkvereinsmitglieder waren, vom Vorstand des Vereins alter Maxhütter durch einen eingeschriebenen Brief den Ausschluß aus dem gelben Verein mitgeteilt. Im gelben Verein gilt es als Verbrechen, gemeinsam mit seinen Berufskollegen bessere Löhne anzufordern.

Eine zahlenmäßige Illustration zu diesem Vorgange zeigt mit zwingender Klarheit, wie die Arbeiterinteressen durch die gelben Werkvereine mißhandelt werden. Zunächst aus dem jüngst veröffentlichten Geschäftsbericht der Maxhütte pro 1911 bis 12 einige interessante Zahlen: (in Mark)

	Reingewinn	Dividenden in bar	i. Proz.	Ab- schreibungen	Pensionskasse und sonstige Wohlf.-Einn.
1909/10	2 406 002	1 729 871	21	2 045 927	200 000
1910/11	3 085 362	2 062 720	23,33	2 576 893	100 000
1911/12	3 700 243	2 681 536	30,33	2 944 077	100 000

Für 10 000 Mark Stammkapital betragen die Dividenden (Gewinn):

1909/10: 2100 Mark
1910/11: 2333 Mark
1911/12: 3033 Mark.

Was blieb für die Arbeiter übrig?
Nach dem oben erwähnten Vorgehen des christlichen Metallarbeiterverbandes wurden durch Anschlag den verheirateten Arbeitern 30 Pfg., den ledigen 15 Pfg. Erhöhung der Schichtlöhne zugestanden. Dagegen kam die bisher gewährte Teuerungszulage von monatlich 5 Mk. (bzw. 3 Mk. für ledige) in Wegfall. An tatsächlicher Lohnhöhung bleibt der geringe Betrag von 5—11 Pfg. pro Schicht übrig.

Man vergleiche diese harten Zahlen: für das Geschäftsjahr 1911/12 bei 10 000 Mk. Stammkapital 700 Mk. direkter Mehrertrag; pro Arbeiter hingegen etwa 16 bis 36 Mk. Mehrertrag im Jahr. Wenn die Arbeiterschaft so schlecht weggekommen ist trotz der schweren Arbeit, so können sich die Arbeiter beim Vorstand des gelben Werkvereins bedanken. Wer im gelben Werkverein Lohnhöhung wünscht — steigt raus aus dem Verein.

Es fragt sich nur noch, ob die Arbeitskollegen mit dem schlechten Trost sich abfinden wollen, daß sie mit ihrer Unzufriedenheit sich in sehr guter Gesellschaft befinden. Ein Teil der Aktionäre war nämlich mit dem Profit von 30,33% nicht zufrieden und verlangte auf der Generalversammlung der Gesellschaft gleich die Verteilung von 51 1/2 Prozent. Den diesbezüglichen Antrag lehnte die Generalversammlung mit 3305 gegen 666 Stimmen ab. Der Antrag war unter Hinweis auf den hohen Gewinn begründet worden.

Wenn nun Arbeiter eines Unternehmens mit solch glänzenden Rentabilitätsverhältnissen für ihre harte Arbeit einige Pfennige mehr verlangen pro Tag und der Vorstand des gelben Werkvereins schießt solche Mitglieder aus dem Verein aus, dann bleibt für jeden denkenden Arbeiter nur eine Schlussfolgerung übrig: Heraus aus dem gelben Werkverein und hinein in den christlichen Metallarbeiterverband, denn nur er ist der unentwegte Anwalt eurer Interessen. Kollegen in den Hütten- und Emailwerken, sorgt für Aufklärung, damit nicht die Arbeiterschaft noch länger mißbraucht wird. Neben der Pflicht, die wir anerkennen, verlangen wir unsern gerechten Anteil an allem Fortschritt. Deshalb kann es nur eine Lösung geben: Schlicht die Reichen, um gemeinsam zu erringen, was dem einzelnen verjagt bleibt.

Zur Heimarbeitfrage.

Das Elend in der Hausindustrie einzuschränken, ist eine vornehmste Aufgabe. Seit Jahrzehnten arbeiten Menschenfreunde, Sozialpolitiker und Parlamentarier, Geistliche und Laien daran, Mittel ausfindig zu machen, die geeignet sind, die soziale und

wirtschaftliche Lage der Heimarbeit zu bessern. Ein Allheilmittel ist bisher ebensowenig gefunden worden wie zur Lösung anderer sozialer Fragen. Ein Verbot der Heimarbeit, das von radikalen Sozialdemokraten vorgeschlagen ist, ist nicht durchführbar. Kränkliche Personen, alleinlebende Frauen mit Kindern usw. sind vielfach auf Heimarbeit angewiesen. Die Heimarbeit, das Heimwerk ist historisch, ist von altersher und hat sich in manchen Gegenden, namentlich in Gebirgsgegenden so eingelebt, daß ohne schwere Schädigungen der Beteiligten und der ganzen Gegend an eine Ausrottung derselben gar nicht zu denken ist.

Trotz der zentralisierenden Tendenz unserer wirtschaftlichen Produktion, der Entwicklung des Fabrik- und Großbetriebes hat sich die Hausindustrie auch in den Städten eingebürgert. Bei der Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 waren z. B. in Berlin nach Angabe der Unternehmer 60 359 Personen als Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter tätig. Fast zwei Drittel davon, 43 886 Personen, gehörten dem weiblichen Geschlecht an. Die meisten der Berliner Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter sind im Bekleidungsgebiete tätig, nämlich 33 945 weibliche und 11 309 männliche Personen. Die Verteilung in den übrigen verschiedenen Gewerbegruppen ist folgende:

	Hausgewerbetreibende	
	männl.	weibl.
Metallverarbeitung	227	656
Maschinen, Instrumente	185	286
Textilindustrie	889	2751
Papierindustrie	186	1031
Lederindustrie	838	712
Holzindustrie	435	623
Nahrungs- und Genussmittel	289	480

Nur in der Lederindustrie überwiegen die männlichen Hausgewerbetreibenden bzw. Heimarbeiter. Im ganzen Königreich Preußen waren 1907 vorhanden 86 649 männliche und 141 871 weibliche Hausgewerbetreibende. Nach der Stadt Berlin hat die Rheinprovinz die meisten Hausgewerbetreibenden aufzuweisen, nämlich 52 277. Die männlichen Personen überwiegen hier um 1101 die weiblichen. In Schlesien gibt es insgesamt 86 447 Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter. Im Königreich Bayern gibt es deren 25 808, darunter 14 098 weibliche Personen. 2347 Personen sind im Handel und Verkehr, einschließlich Gast- und Schankwirtschaften beschäftigt, alle übrigen in Gewerbe und Industrie; so bei der Anfertigung von Bleistiften, Dichtern und Seifen, in der Buchbinderei, Holzstiftfabrikation, Korbmacherei, in der Textilindustrie, und hauptsächlich in der Schneiderei und Kleiderkonfektion.

Im näheres amtliche über die Lage und Verhältnisse der Heimarbeit zu erfahren, beantragten bereits 1906 im bayerischen Landtag die aus der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Abgeordneten (Oswald, Schürmer und Schwarz): Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit und Wohnungsverhältnisse der Heimarbeit vorzunehmen und den Landtag als Material vorzulegen. Der Antrag wurde auch mit großer Mehrheit in der Kammer der Abgeordneten angenommen.

In der Kammer der Reichsräte verteidigte der Thronfolger Prinz Ludwig von Bayern den Antrag gegen Angriffe und betonte: „Es müsse hier eingegriffen werden, um diesen jammervollen Zuständen ein Ende zu bereiten.“ Obwohl vom Regierungstische aus intensive Erhebungen in tunlichster Eile angefangen wurden, ist eine allgemeine Erhebung über die Verhältnisse in der Heimindustrie bisher nicht erfolgt, wohl wegen Überlastung der Gewerbeaufsichtsbeamten. Spezielle Erhebungen liegen aber vor, z. B. solche über die Korbmacherei, Schachtelmacherei, Stahl- und Strohhutflechterei, Spitzenklöppelei, Handschuhmacherei und Perlmutterfabrikation. Viele Lichtbilder wurden dabei nicht zutage gefördert, wohl aber solche tieftrauriger Art, ebenso wie in Preußen und Sachsen.

Im Königreich Sachsen wurden 1907 149 435 Hausgewerbetreibende ermittelt, darunter 118 469 weiblichen Geschlechts. Die Gruppe Textilindustrie weist die größte Zahl von Hausarbeitern auf. An der Spitzenfabrikation, Hätlei, Gliderei sind beteiligt 19 756 Frauen, 4337 Männer; in der Hausweberei 18 610 Arbeiterinnen und 11 157 Arbeiter; an der Herstellung von Strumpfwaren arbeiteten 16 555 weibliche und 2771 männliche Hausgewerbetreibende; in allen Branchen dieser Gewerbegruppe waren 1907 über 84 000 Haus- und Heimarbeiter beschäftigt. Im Bekleidungsgebiete wurden 33 279 Frauen und 6700 Männer ermittelt.

Bei der Metallverarbeitung und der Herstellung von Maschinen, Apparaten und Instrumenten waren beteiligt 5767 weibliche, 1622 männliche Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter.

So finden wir denn überall in allen Teilen des weiten deutschen Reiches Haus- und Heimarbeit, nach der Statistik im ganzen Reich 327 448 weibliche und 154 988 männliche. Diese Statistik macht keinen Anspruch auf besondere Genauigkeit. Es sind in den gegebenen Ziffern zweifellos auch unselbständige Heimarbeiter enthalten, solche also, die nicht direkt für den Unternehmer arbeiten. Auch bei früheren Zählungen ließen sich Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter nicht genau ermitteln. Es ist deshalb schwer, Vergleiche zu ziehen und genau zu sagen, wieviel die Hausarbeit zu bzw. abgenommen hat. Eines steht fest: die Zahl der männlichen Hausgewerbetreibenden hat abgenommen, die Zahl der weiblichen dagegen zugenommen; nach einem Artikel im Reichsarbeitsblatt seit 1895 um 16 Prozent; die Zahl der Männer wäre, nach derselben Quelle, etwa ein Drittel zurückgegangen.

Ueber die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse eines Teils der Heimarbeit unterrichten amtliche und private Teilerhebungen und Mitteilungen. Insbesondere haben die Gewerkschaften sich bemüht, die Deffentlichkeit über die Mißstände in der Hausindustrie zu unterrichten. Darauf einzugehen erübrigt sich, da an dieser Stelle wiederholt auf die tieftraurige Lage dieser Arbeiterschaft aufmerksam gemacht, und insbesondere ein gezieltes Einschreiten gefordert wurde. Insbesondere haben sich auch der Verband christlicher Schneider und Schneiderinnen, der Gewerbeverein der Heimarbeitlerinnen, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, die Gesellschaft für Sozialreform durch Darstellung der Verhältnisse in der Hausindustrie und durch Eingaben an den Bundesrat und den Reichstag verdient gemacht. Auch die konfessionellen Vereine, wie der deutsch-evangelische und der katholische Frauenbund, sind in derselben Richtung tätig gewesen. Dank der vielfältigen Arbeit hervorragender Abgeordneter des Reichstags, z. B. Dr. Dige, Dehl von Hemsheim und anderen, gelang es endlich, die Gesetzgebungsmaschine zugunsten der Heimarbeit in Bewegung zu bringen. Mit vieler Mühe kam ein Hausarbeitsgesetz zu Stande.

Seit dem 1. April 1912 ist dieses Hausarbeitsgesetz in Kraft. Es bringt unter anderem die Registrierpflicht, die hoffentlich auch dazu beitragen wird, die bedrückte Heimarbeit

besserer gestellter Damen zu befähigen. Lohnverzeichnisse sind auszugeben bzw. Lohnlisten aufzuhängen, damit man erfahren kann, was für die einzelnen Arbeiten bezahlt wird. Die Publizität der Löhne wird da und dort genügen, um eine Erhöhung derselben herbeizuführen. Die Erteilung von Fachauschüssen zur Regelung der Lohnverhältnisse, Vorbereitung von Tarifverträgen usw. wird ermöglicht. Hygienische Vorschriften werden gegeben. Die Überwachung der Hausindustrie durch die Polizeibehörden sowie durch die Gewerbeinspektion ist vorgesehen. Beim Inkrafttreten der Reichsverversicherungsordnung wird die Krankenversicherung auch der Haus- und Heimarbeiter durchgeführt; die Invalidenversicherung kann durch Beschluß des Bundesrats ebenfalls auf diese Arbeiterkategorie ausgedehnt werden. Die Durchführung all dieser Maßnahmen wird vielen eine große Wohltat sein und ihnen Besserung ihrer Lage bringen.

Die Hauptsache auch für die Heimarbeit ist: Arbeitsgelegenheit und entsprechender Lohn für geleistete Arbeit. Um nach dieser Richtung hin die Heimarbeit zu unterstützen, haben sich verschiedentlich private Komitees gebildet. In München ist 1911 ein „Bayerischer Hausindustrie-Verband“ gebildet worden mit dem Zwecke: Steigerung des Arbeitsdienstes der Hausindustriellen im Wege der Vermittlung von Arbeitsaufträgen und der Förderung des Betriebs ihrer Waren, Ueber die Erfolge dieser Neugründung kann noch nicht viel berichtet werden.

Von größter Wichtigkeit für die Hausarbeiter ist die Uebertragung von Arbeitsaufträgen der Staatsverwaltung an sie. Vor allen kommt hier die Heeresverwaltung in Betracht. Im Etat für das Reichsheer ist die Textilindustrie allein mit rund 36 Millionen Mark, Bekleidung und Ausrüstung der Truppen, interessiert. Die Militärbehörden ließen vielfach die Wäsche, das Drillzeug, die Mäntelklappen, die Helmüberzüge und überhaupt den größten Teil der kleinen Monturstücke sich von den Unternehmern liefern, die ihrerseits mit Gefängnisverwaltungen und mit Zivildienststellen der Hausindustrie abgeschlossen. Dagegen hat der Reichstag Einspruch erhoben, indem er 1910 eine vom Zentrum angelegte Resolution der Hausarbeitsgesetz-Kommission annahm, in welcher gefordert wird, daß bei Vergabe von öffentlichen Lieferungen, die in der Hausarbeit hergestellt werden, an erster Stelle die Berufsorganisationen oder die Genossenschaften von Hausarbeitern berückichtigt werden; im übrigen solche Gewerbetreibende, welche gewährleistet, daß den mit jenen Lieferungen beschäftigten Hausarbeitern solche Löhne gezahlt werden, die von den genannten Organisationen oder Genossenschaften gezahlt werden oder in Tarifverträgen zwischen Hausarbeiter-Organisationen und Gewerbetreibenden über Arbeiten gleicher Art vereinbart sind.

Es ist ausgerechnet worden, daß bei Ausschaltung des Zivildienstsystems z. B. 3 Pfg. mehr für einen Helmüberzug gezahlt werden kann, die den Heimarbeitern zugute kommen. Ähnlich liegt es bei anderen Dingen, bei Schanzkörben und anderen Lieferungsgegenständen. Die Sache wurde seither nicht mehr aus dem Auge gelassen. Am 21. Februar 1911 legte Abgeordneter Kollege Wiebeberg dem Reichstag wieder eine Resolution (Nr. 772) vor, in der verlangt wird: „Daß die Heeresverwaltung bei Vergabe der Lieferung über Herstellung von Bedarfsartikeln, namentlich von Bekleidungsstücken, soweit Heimarbeiter dabei beschäftigt werden, tunlichst die Vereinigungen von Heimarbeitern bzw. solche gemeinsamen Komitees, welche die Vermittlung von Arbeiten an Heimarbeiter sich zur Aufgabe stellen, bevorzugt.“ Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einem Teile der Fortschrittspartei wurde diese Resolution angenommen.

Die alten Feinde der Haus- und Heimarbeit, die Sozialdemokraten, hatten vorher zwei Redner vorgeschickt, um die Resolution Wiebeberg zu bekämpfen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Böhle beschimpfte dabei die Heimarbeiter als Lohnbrüder. Nach dem stenographischen Bericht äußerte er sich wie folgt:

„Wenn weiter in der Resolution Nr. 772 seitens einer Anzahl Zentrumsabgeordneter verlangt wird, daß die Heimarbeiter und die Heimarbeitervereinigungen zunächst berücksichtigt werden sollen, so wundere ich mich sehr, daß diese Resolution hauptsächlich gerade von den Arbeitervertretern des Zentrums gestellt und unterstützt ist. Diese Herren sollten doch wissen, daß die Heimarbeiter die schlimmsten Lohnbrüder sind. Es ist nicht zu begreifen, daß gerade die Arbeitervertreter des Zentrums eine solche Resolution stellen und zur Annahme empfehlen. Sie müssen sich doch, so gut wie wir, klar sein über die ständigen Klagen der Arbeiter — namentlich der Militärarbeiter —, daß die Heimarbeiter, was Lohnforderungen und Lohnbrüder anlangt, die schlimmsten Feinde der organisierten Arbeiter sind.“

Die Resolution bezweckt das gerade Gegenteil von dem, was dieser Sozialdemokrat behauptete, nicht eine „Lohnbrüdererei“, sondern eine Verbesserung der Löhne. Dem ärmsten der Arbeiter, voll Arbeit, lohnende Arbeit verschafft werden. Mit nichtsnützigem Grübeln wandte sich die Sozialdemokratie der „Brüderlichkeit“ und „Freiheit“ dagegen. Die Haus- und Heimarbeiter bedanken sich für diese arbeiterfeindliche Haltung der Sozialdemokratie.

Diese hat auch im neugewählten Reichstag sich gegen die Heimarbeit gewendet, als neuerdings eine Resolution eingebracht wurde mit der Forderung, die Heimarbeiter, mit Arbeitsaufträgen zu bedenken. Der Abgeordnete Albrecht erklärte namens der sozialdemokratischen Fraktion: „Dieser Resolution können wir nicht zustimmen.“ Zur Begründung seiner ablehnenden Haltung bemerkte er u. a., daß bei der Heimarbeit nicht so auf Reinlichkeit gehalten werde, wie es bei Kleidungsstücken verlangt werden müsse. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien waren es, die für die Heimarbeiter eintraten und so die patentierten Arbeitervertreter von der Sozialdemokratie beschämten. Der nationalliberale Abgeordnete Quark sagte:

„Ich möchte nur die ganz kurze Erklärung abgeben, daß meine politischen Freunde auf dem Boden der Resolution des Zentrums und der des Herrn Abgeordneten Dr. Spahn treten, um so mehr, als bereits bei Beginn dieser Sitzungsperiode meine politischen Freunde einen Initiativantrag in derselben Richtung eingebracht haben.“

Ich beruhe gern die Gelegenheit, dem Herrn Kriegsminister den Dank dafür auszusprechen, daß in einem Fall, der meinen Wahlkreis berührt, ein Beispiel dafür gegeben worden ist, wie heiljam und segensreich Unterstützungen wirken, die im Rahmen der Tendenz dieser Resolution bereits seitens der Militärverwaltung in umfangreichem Maße erteilt worden sind. Ich meine die selbständigen Korbflechter an der fränkisch-thüringischen Grenze. Durch deren Unterstützung, die in dankenswerter Weise durch Vergabe von Lieferungen seitens der Kriegsverwaltung bis jetzt erfolgt ist, ist der Beweis erbracht, wie es gelingen kann, die Selbstständigkeit dieser schwer

um ihre Existenz ringenden Kategorien zu fördern und zu erhalten.

Die Resolution wurde sofort gegen die Stimmen der Sozialdemokraten mit großer Mehrheit angenommen.

Wenn Staat, Gemeinden und Private zusammenarbeiten, kann für die Heimarbeit noch viel mehr als bisher geschaffen.

Aus der Arbeiterbewegung.

Na, Na!

Er geht ihr „aus Magere“ - nämlich unser 7. Verbandstag der „Metallarbeiterzeitung“.

„Christliche“ Versteifung - Auch-Arbeiterorganisation - jauch - mörderlich - unvollkommenes Sch...schreiber - das schwarze Blatt - Schimpf- und Schwindelstreifung - zusammengeknallt - Schmutz - Schwindelbemerkung - von jedem Hanswurst zitiert - der schwarze „Wahrheits“-Schreiber - Fälschung - „Christlichen“ Fälschungen - der schwarze Schimpfmittel - dem schwarzen Metallarbeiterblatt - aus den schwarzen Fingern gezogen - Wahrheitsmenschen - frech gelogen - der faubere Artikelschreiber - Schwindelnotiz - Schwindel - Schmutzigkeit - der schwarze Verband - aufschwindeln - Spezialsorte von Christentum - Zentrumsmetallarbeiterblatt - diese „Christlichen“ Wahrheitshelden etc.

Uff! solche Argumente widerlegen sich selbst - nicht aber die Feststellungen des Eberfelders Landgerichts: ... es sind Verfeleien, es ist Arbeiterverrat, was da (nämlich in Solingen vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband) begangen worden ist.

Die 5. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Keram- und Steinarbeiter Deutschlands

fand vom 4. bis 7. August in Mahen statt. Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Verbandes wurde am 4. August eine Festversammlung abgehalten, an der sich auch die staatlichen und städtischen Behörden zahlreich beteiligten.

Diese Arbeiten des Verbandes sind nicht ohne Erfolg geblieben. Die Generalversammlung hat zu den noch schwebenden Fragen Stellung genommen und diese in einer Anzahl einstimmig gefaßter Entschlüsse niedergelegt.

Der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter

hat für 1911 über ein sehr bewegtes Jahr zu berichten. Im Jahresdurchschnitt zählte er 7857 Mitglieder gegen 6801 in 1910, darunter 3395 (2718) weibliche.

Der Kaiserstand betrug am 31. Dezember 1911 17966 Mark. An Unterstützungen wurden u. a. bezahlt: Kranken- geld 8851 Mark, Reise- und Arbeitslosenunterstützung 18344 Mark, Streik- und Maßregelungsunterstützung 242268 Mark.

Die Erfolge dieser Kämpfe waren für die Arbeiter verhältnismäßig gute, besonders für Westfalen. Insgesamt war der Verband im Berichtsjahre an 56 Lohnbewegungen beteiligt, von denen acht zu Streiks und Aussperrungen führten.

Eine dreifache Fälschung

erlaubt sich der sozialdemokratische Oesterreichische „Metallarbeiter“ (Nr. 29, 1912), um den Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften Deutschlands für 1911 herunterreißen zu können.

„Die Gewerkschaften können eben den Streik als letztes Mittel nicht entbehren, insbesondere solange nicht, als viele Arbeitgeberorganisationen und Unternehmer eine Haltung einnehmen, die die Gewerkschaften gegebenenfalls geradezu zum Streik zwingt, wenn sie sich nicht selbst aufgeben wollen, solange auch nicht, als man mit allen Mitteln nach dem äußersten Raffinement in der Aussperrungstaktik strebt.“

Das genannte sozialdemokratische Gewerkschaftsblatt macht nun aus dem (geperrt gedruckten) Wort: „Arbeitgeberorganisationen“ einfach: „Arbeiterorganisationen“ und fügt dem folgende Epistel hinzu:

„Da wird eingestanden, daß die Haltung vieler Arbeiterorganisationen die Christen zum Streik veranlasse. Auch dieses Eingeständnis ist unbezahlbar. Nur weil die freien Gewerkschaften energisch für die Arbeiter eintreten, den Kampf nicht scheuen - folgen wider Willen auch die Christen. Das Interesse der Arbeiterschaft schreibt für sie aus. Für die M-Glabbacher ist der Streik lediglich ein Konkurrenzmandat.“

Die Christlichen werden dann noch als „Tröpfe und Gaukler“ beschimpft und die Hez ist fertig. So wird's gemacht! Wo es keine Angriffspunkte gibt, müssen dreifache Fälschungen herhalten, um den verhassten Gegner verächtlich zu können.

Ein magerer Knochen

Unter der Ueberschrift: „Christlicher Terrorismus“ oder „Christliche Sabotage“ versucht die sozialdemokratische Presse - u. a. auch die „Metallarbeiterzeitung“ in Nr. 30 - einen Vorgang aus einer Buchbinderei in M. Gladbach für ihre Zwecke und gegen die christlichen Gewerkschaften auszubenten.

Die Berratenen suchten, was wohl menschlich erklärlich, wenn auch nicht zu entschuldigen ist, Vergeltung zu üben und ließen durch jüngere, noch im Betrieb befindliche Kollegen den Streikbrechern etwas Seifenpulver in die Papierpöhne mischen. Wenn überhaupt ein Schaden dadurch entstanden ist, so ist es nur ein sehr geringfügiger gewesen.

Ein fürchterliches Grubenunglück.

Auf der Steinkohlenzeche Lothringen in Gerthe bei Bochum wurden am 8. August 110 Bergleute getötet durch eine Schlagwetter- und nachfolgende Kohlenstaub-Explosion. Eine große Anzahl Bergleute wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Ueber die Enttöndung des Unglücks besteht kein absolut festeres Urteil. Es wird behauptet, daß die Explosion durch einen Dynamitprengstoß in schlagwetterhaltigem Betriebspunkt verursacht sei.

Die Teilnahme der Bevölkerung an dem Unglück ist allgemein. Kaiser Wilhelm, der zur Jahrhundertfeier der Krupp'schen Werke in Essen weilte, ließ die weiteren Feste absetzen und alle mit seinem Bruder, dem Prinzen Heinrich, und Herrn Krupp von Bohlen und Dalbach an die Stätte des Unglücks. Er unterließ sich längere Zeit mit einer Anzahl Bergleute, drückte den vom Schicksal so hart Betroffenen sein tiefes Mitleid aus und spendete zur Linderung der ersten Not 15 000 Mk. Auch besuchte er das Krankenhaus Bergmanns-

helm kann versichert sein, daß ihm die deutschen Bergleute und mit ihnen die gesamte einsichtige deutsche Arbeiterschaft diese Teilnahme nicht vergessen werden.

Wie immer, so muß auch dieses so tief beklagenswerte Unglück der sozialdemokratischen Hege dienen. Es war ihr leicht gemacht, indem sie das Unglück neben die Essener Festlichkeiten stellte. Die in Köln erscheinende sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ schrieb u. a.:

„Wierzig Verlepte - Hurra! Fünfhzig, hundert Tote - Hurra, Hurra, Hurra! Wimmern der Verzweifelten, Schlußzen der Weisen, Schmerzensschreie der Witwen - küß die Hand, Erzellenz. In Bochum Hunderte in fastungslosen Jammer - in Essen „ein einziger brausender Jubelruf“. Edelhaft, diese bürgerliche Presse. - - - Wir hätten die Ritterlichkeit des Kaisers und seines Gefolges lieber an den leichengefüllten Schächten und vor den jammernden Witwen der Bergleute gesehen. Dort wäre gesternt sein Platz gewesen. Das hätte ihm die glänzende Krone um ihn raten sollen, anstatt mit höflichem Firtelanz und wertlosem Blunder aufzuwarten.“

Die Essener „Arbeiterzeitung“ konnte es gelegentlich des schrecklichen Grubenunglücks in Bochumer Revier nicht unterlassen, die ihr nahestehenden Arbeiterkreise u. a. dadurch gegen die übrige Bürgererschaft aufzuheizen, daß sie schrieb, der „Spieker“ lasse sich in seiner Festfeier „durch hundert verbrannte und verblüdete Arbeiterleichen nicht beirren.“

Auch das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes trägt das Seinige zur Hege bei; es schreibt u. a.:

„In Bochum Jammer und Verzweid - zur selben Zeit in Essen lärmendes Festspiel.“

Man sollte nun glauben, daß man im roten Lager der Bergungsläden pietätvoll gedacht habe. - Weit gefehlt, wie nachfolgende Notiz des „Bermer Anzeiger“ (Nr. 187/1912) beweist:

„Bei der Hege ist die schamlose sozialdemokratische Presse nicht auf ihre Kosten gekommen. Selbst sozialdemokratische Bergleute haben die ritterliche und teilnahmsvolle Haltung des Kaisers, der alle vorgesehenen Festlichkeiten abgesehen ließ und sich selbst zur Stätte des Unglücks begab, gern anerkannt. Das „Volkblatt“ hat auch jetzt noch allerlei zu mäkeln, wohl um des Umstandes willen, daß ihm der beste Stoff verloren gegangen ist. Wenn aber die Ruhe der Toten auf „Lothringen“ nicht durch die Feierlichkeiten in Essen gestört werden sollte, dann hätte man doch verlangen müssen, daß das auch nicht in allernächster Nähe der Unglücksstelle geschehen dürfte. Und wie war es Sonntag in unserer Stadt? Die Leichen der Verunglückten lagen noch auf der Bahre. Über angelegentlich des offenen Grabes ließ es sich die Sozialdemokratie des Wahlkreises Bochum nicht nehmen, hier in Herne ein großes Sängerfest mit Festzug, Konzert und Ball zu feiern. Drüben in Gerthe, eine halbe Stunde vom roten Festlokal, tiefer Schmerz der Hinterbliebenen; hier in Herne ein großer sozialdemokratischer Festzug mit lauter Musik. In Gerthe 110 stille Tote auf der Bahre; in Herne eine wilde Schar ungezügelter Genossen herumtobend und flambalierend. In Gerthe allerorts tiefe Trauer; in Herne schwingen Obergewissen und Untergewissen auf einem ausgefallenen Ball das Tanzbein bis in die späte Nacht. Syn Gerthe gedenken die Hinterbliebenen ihrer so plötzlich verstorbenen Lieben in andächtigem Gebet; in Herne sieht man alkoholisierte Genossen, ruhige Straßenpassanten anrennend, wandeln und schreiend die Straßen unsicher machen. Das ist sozialdemokratische Pietät! Das ist die Achtung vor den stillen Helden der Arbeit! Eine schlimmere Verhöhnung der Verunglückten und der Leidtragenden ist nicht denkbar.“

Eine halbe Stunde weit also von der Stätte, wo 110 arme Kameraden auf der Bahre liegen, wo Mütter weinen, Gattinnen wehklagen, Kinder jammern um den verlorenen Sohn, Väter und Vater - da amüsierten sich die Herren Genossen bei Musik und Tanz, als ob nichts geschehen wäre. Bekundet diese Handlungsweise nicht eine Gefühlslosigkeit sondergleichen? bemerkt dazu mit vollem Recht der „Essener Volksfreund“.

Rundschau.

Aus der Metallindustrie. Die sächsische Gussstahl-fabrik in Döhlen erzielte nach 902 000 Mark Absatzbewegungen einen Reingewinn von 437 000 Mark. An Dividenden wurden 20% gegen 15% im Vorjahre verteilt. - In der Hauptversammlung des Roheisenverbandes berichtete der Vorstand über die Marktlage. Danach haben die inländischen Abnehmer für das laufende Jahr ihren Bedarf vollständig gedeckt. Trotzdem können noch immer Kaufanträge wegen Zufuhmengen heraus. Da nun der Verkauf für das Jahr 1913 noch nicht eröffnet sei, würde Anträgen auf Zufuhmengen zur Lieferung im Jahre 1912 nur insoweit stattgegeben, als es sich wirklich um diesjährigen Bedarf handle.

Die deutschen Arbeitgeberverbände sind im den letzten Jahren weiter erstarkt. Nach einer Zusammenstellung im Reichsarbeitsblatt (Juli 1912) bestanden Ende 1911 103 Reichsverbände (93 in 1910), 461 Landes- und Bezirksverbände (474) und 2521 (2361) Ortsverbände; zusammen 3085 (2928) Arbeitgeberverbände. Der Umfang und die wirkliche Stärke dieser Organisationen ergibt sich aus der Zahl der angeschlossenen Mitglieder und der von diesen beschäftigten Arbeiter. Für die drei letzten Jahre zeigt sich hier folgende Entwicklung:

Table with 3 columns: Year, Unaffiliated Members, Employed Workers. Rows for 1910, 1911, 1912.

Die Zahl der bei organisierten Unternehmern beschäftigten Arbeiter ist mithin wesentlich höher wie die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die etwa drei Millionen beträgt, soweit selbständige Gewerkschaften in Betracht kommen. Angeht die großen Macht des straff organisierten Unternehmertums ist es doppelt bedenklich und verwerflich, wenn man die Arbeiter in fast- und kraftlosen Gebilden wie gelben Arbeitervereinen und konfessionellen Facharbeitergruppen über die reale Wirklichkeit hinwegzureden versucht.

Eine beachtenswerte Kundgebung gegen die Selben stellt nachstehende Resolution dar, die von den zu einem Kurzus in Bethel bei Bielefeld versammelten evangelischen Arbeiterführern angenommen wurde. Die Entschlie-

Die am 8. August in Bethel bei Bielefeld tagende Konferenz von 48 evangelischen Arbeitervereinen und Gewerkschaftssekretären aus allen Teilen Deutschlands bebauert aufs tiefste die durch die Gründung von sogenannten „gelben“ Arbeitervereinen, vaterländischen oder reichstreuen Arbeitervereinen in die national geführte Arbeiterbewegung getragene Verwirrung und Zersplitterung und die Förderung solcher Gründungen seitens regierender und politischer Kreise. Ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit, nationalen Unzuverlässigkeit und religiösen Feindseligkeit wegen ist die „gelbe“ Bewegung nicht imstande, einen festen Wall gegen die Klassenkampferische, vaterlands- und christentumsfeindliche Sozialdemokratie zu bilden. Geschädigt werden durch sie allein die christlich-nationalen Organisationen, deren geschichtliche Entwicklung beweist, daß sie unter

Die Konferenz richtet an die denkende evangelische Arbeiterschaft die dringende Mahnung, den zu Charakterlosigkeit, Heuchelei und religiöser Feindschaft führenden „gelben“ Vereinigungen nicht beizutreten, sondern sich in immer größerer Zahl den konfessionell und politisch unabhängigen christlichen Gewerkschaften und den evangelischen Arbeitervereinen als den besten Organisationsformen zur Vertretung der wirtschaftlichen, nationalen und religiös-sittlichen Interessen anzuschließen. Die Freunde einer gesunden deutschen Arbeiterschaft und die politischen Parteien und Persönlichkeiten, die bei Wahlen auf die Stimmen der christlich-nationalen Arbeiter rechnen, ersucht die Konferenz, sich nicht durch hochtrabende leere Worte für die „gelben“ Vereine einnehmen zu lassen, sondern die christlich-nationale Arbeiterbewegung in Ansehung ihrer segensreichen Wirksamkeit nachdrücklich zu fördern. Schließlich spricht die Konferenz den lebhaften Wunsch aus, daß die maßgebenden Instanzen in den evangelischen Arbeitervereinen ihre Stellung zu den „gelben“ Bestrebungen klar und unzweideutig öffentlich zum Ausdruck bringen und die Vereinsmitglieder über die damit verbundenen schweren Gefahren aufklären.

„Und folgst du nicht willig, so brauch' ich Gewalt...“ Dieses Verschen aus dem Erlkönig wurde bisher her nicht mit Unrecht zur Kennzeichnung der sozialdemokratischen Arbeitsmethode benutzt. Daß es aber mit dem gleichen Recht auf die Gelben angewendet werden kann, dafür liefern die Gelben bei der Firma Goldschmidt in Essen einen drastischen Beleg. Dort wird jedem neuereintretenden Arbeiter ein Agitationszettel zugestellt, worin die angeblichen Vorteile des gelben Vereins in blassen Farben ausgemalt sind. Das Schriftstück lautet:

„Wenn Sie also Wert darauf legen, längere Zeit auf dem Werke zu verbleiben und sich bei ihrer Arbeit auch wohl zu fühlen, dann schließen Sie sich am besten dem Werkverein an, dessen Ziele Sie aus der beiliegenden Drucksache erkennen können. Weitere Auskünfte werden Ihnen unsere Vertrauensleute geben, die sich in den nächsten Tagen an Sie wenden werden. — Hochachtungsvoll. Der Vorstand des Werkvereins Th. Goldschmidt, Bayer, Balz, Görg, Bauleke, Brünning, Brodda, Schimanski.“

Die Sache ist deutlich genug, um jedem neuereintretenden Arbeiter zum Bewußtsein zu bringen, daß er dem Werkverein beitreten muß, wenn er länger verbleiben und sich wohl fühlen will. Dabei behaupten dann die Vorführer der gelben Vereine, letztere seien als Abwehr gegen den Gewissenszwang und Terrorismus der anderen Gewerkschaften gegründet worden. Diese Behauptung wird aber durch den von den Gelben ausgeübten Zwang treffend widerlegt. — Zur selben Zeit, wo obgenanntes Schriftstück bekannt wird, geht folgende Notiz durch die Handelspresse: „In der am 30. Juli b. J. stattgefundenen Hinverdingung durch die Eisenbahndirektion Hannover ist die Firma Theodor Goldschmidt (Essen-Fuhr) Mindestfordernde bei allen Losen geblieben.“

Zum Thema „sozialdemokratische Volksrechte in Theorie und Praxis“ brachte jüngst der „Stahlwarenarbeiter“, das Organ des sozialdemokratischen Industriearbeiterverbandes, eine interessante Gegenüberstellung unter der Überschrift: „Erläre mir...“ Es hieß da:

„Das sozialdemokratische Parteiprogramm verlangt vom Gegenwartsstaate: „Direkte Gesetzgebung durch das Volk mittels des Vorschlags- und Referendumsrechtes. Selbstbestimmung und Verwaltung durch das Volk in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Paßbarkeit derselben.“

Das Statut des Deutschen Metallarbeiterverbandes gibt den Untertanen folgende „Rechte“: „Die örtliche Verwaltung wird geführt von fünf Mitgliedern, die vom Vorstand ernannt werden... Arbeitseinstellungen von Verbandsmitgliedern bedürfen der Genehmigung des Vorstandes... Sperren über Werkstätten können nur vom Vorstand verhängt werden... Die Entschiedungen des Vorstandes sind unter allen Umständen für die betreffenden Mitglieder bindend... Bei genehmigten Umständen sind die Anordnungen des Vorstandes strikte durchzuführen...“ Außerdem sieht das Statut vor, daß Ausschüsse aus der Organisation nur vom Vorstand gestattet und Ausgeschlossene nur durch den Vorstand wieder aufgenommen werden können.

Wer läßt das Mädel, daß trotz des Gegenabes, in welchem sich das Statut des Deutschen Metallarbeiterverbandes zum sozialdemokratischen Parteiprogramm befindet, jeder Sozialdemokrat verpflichtet ist, sich unter die absolutistische Regierung des Metallarbeiterverbandes zu beugen???

Das Mädel könnte der „Stahlwarenarbeiter“ doch leicht selber lösen. Das rote Parteiprogramm ist in den Augen der Eingeweihten eben das Phrasenspielzeug, womit man (nach Weiland „Genosse“ keine) einlulst wenn es heißt, das Volk, den großen Lämmel.“ In der Praxis aber ist mit dem roten Parteiprogramm verteuert wenig anzufangen. Wollen die Genossen in ihren eigenen Organisationen eine ordnungsmäßige Verwaltung durchführen, so müssen sie wohl oder übel

auf sozialistische Theorien verzichten und ihre „Regierung“ nach dem vielgeschmähten Muster der bürgerlichen Gesellschaft etablieren.

„Auf zum Bruderkampf!“ Dieses für die Zustände im roten Lager bezeichnende Selbstgespräch erhebt der bekannte „Genosse“ Karl Wieselthaler-Berlin, im Organ seines „Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes“ gelegentlich einer Polemik gegen die in der sozialdemokratischen Partei grassierende Ausschluß-Epidemie. Wieselthaler geht von dem Ausschlußverfahren gegen Hilbebrand aus, das bekanntlich auch in den „Sozialistischen Monatsheften“ von gewichtigen Genossen bekämpft worden ist, und teilt mit, daß neben diesem Falle gegenwärtig noch vier Ausschlußverfahren aus der Partei gegen Mitglieder seines Verbandes schweben. Zum Schluß wird folgende Aufforderung an die Mitglieder des sozialdemokratischen „Allgemeinen“ Metallarbeiterverbandes gerichtet:

„Wir bitten die Kollegen, nicht mehr freiwillig aus der Partei auszuschließen, sondern in jedem Falle alle Instanzen der Partei anzurufen. Der Verbandsvorstand wird den Kollegen bei dem Kampf um ihr Recht mit seinem Rat sehr gern zur Seite stehen. Die Korrespondenz mit dem Verbandsvorstand ist auch in diesen Fällen durch Vermittlung der Vereinsvorstände an uns zu senden. Jedes Verbandsmitglied, gleichviel welcher politischen Überzeugung, sollte diesen Kampf gegen die gewerkschaftliche Bevormundung der Sozialdemokratie mit seiner ganzen Kraft unterstützen. Deshalb sei unsere Parole: „Auf zu dem leider unvermeidlichen Bruderkampf!“

Mit dieser Parole wird Wieselthaler im roten Lager wohl weiter „keinen Eindrud“ scheiden.“ Der Bruderkampf ist dort eben an der Tagesordnung und die regierenden Despoten bestimmen, daß der große Haufen das als „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ zu preisen hat. Und wer anderer Meinung ist — „der fliegt!“

Streiks und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Nebaktionschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Gebelsberg. Bei der Firma Wllh. Schmidt, Schloßfabrik und Tempergießerei stehen die Arbeiter im Streik.

Düsseldorf-Grevenbroich. Ueber die Dreherei der Maschinenfabrik Klingelhöffer ist die Betriebsperre verhängt.

Bedum. Wegen Differenzen in der Cementindustrie ist der Zugang von Schloßern, Drehern, Schmiedern und sonstigen Metallarbeitern fernzuhalten.

Werdohl. Ueber die Firma J. W. Duncker ist die Sperre verhängt.

Werdohl. Die Firma Gebr. Honsel in Gveling ist für Britannienarbeiter gesperrt.

Herdingen-Raldenhafen. Ueber die Metallwarenfabrik Gustav Röhr ist die Sperre verhängt. Zugang von Drehern, Schloßern, Formern und Hilfsarbeitern ist streng fernzuhalten.

Sagen-Schwelm. Das hiesige Gebiet ist für Formere und Gießereiarbeiter gesperrt.

M.-Gladbach. Bei den Firmen Haubold & Co. und Gebr. Rembold, Eisengießerei, sind Differenzen ausgebrochen. Die Betriebe dieser Firmen in Süchteln und M.-Gladbach sind gesperrt.

Nachen. Bei der Firma Paulus, Bauhloßerei und Eisenkonstruktionswerkstätte stehen die Arbeiter im Streik.

Mannheim. Die Fuß- und Wagenhämmele stehen im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Düsseldorf. Zur Durchführung einer Arbeitszeitverkürzung und Gewährung eines Ausgleichs für Akkord- und Lohnarbeit stehen einzelne Abteilungen folgender Werke im Streik: Wofste & Co., Fittingsfabrik: Schmiede, Zugschläger, Dreher, Werkzeug- und Reparaturschloßer. Stahlwerk Deking: Gießerei, Modellschreiner und Maschinenabteilung. Bei der Firma Rhönig, Abteilung Güterstraße, stehen die Dreher wegen Akkorddifferenzen im Streik.

Vochem. Die hiesigen Klemperer und Installeure stehen zwecks Abschluß eines Tarifvertrages in Rändigung.

Duisburg. Ueber die Maschinenbau-W.G. Tigler in Melderich ist die Sperre verhängt. Zugang von Drehern und Schloßern ist fernzuhalten.

Essen-Muhr. Die Fuß- und Wagenhämmele stehen im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

Essen-Muhr. Die Schloßer, Schmiede und Dreher der Firma Hölbeck, Turbinenfabrik, stehen im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Nachen-Kohlscheid. Das hiesige Gebiet ist für Formere und Gießereiarbeiter gesperrt.

Zugung ist fernzuhalten.

Welsenkirchen. Die Sperre über die Firma Heinrich Raade in Welsenkirchen ist aufgehoben. Sämtliche Forderungen der Arbeiter sind bewilligt.

Düsseldorf-Hilden. Die Differenzen bei der Firma Balke-Kellering, Abteilung Kesselbau, sind nach eintägigem Streik zu Gunsten der Arbeiter erledigt. Die Abzüge sind zum größten Teile zurückgenommen.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 25. August der fünfunddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 25. bis 31. August fällig.

Aus dem Verbandsgebiet.

Am 27. Juli hielten wir unsere halbjährliche Generalversammlung ab, zu der die Kollegen zahlreich erschienen waren. Kollege Höchersteiger wies in seinem ausführlichen Geschäftsbericht zunächst auf die verschiedenen Lohnbewegungen hin, die dieses Jahr geführt wurden. Bei der Firma Ed-

Mayer u. Co. waren die Kollegen durch das ablehnende Verhalten der Firma gezwungen, durch einen achtwöchentlichen Kampf eine Besserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Erzielt wurden eine Lohnerhöhung von 8 Pfg. pro Stunde und sanitäre Verbesserungen.

Die Lohnbewegung bei der Firma Magirus wurde durch den Arbeiterausschuß eingeleitet. Die Zugeständnisse der Firma waren sehr mager. Der Stundenlohn wurde bis zu 37 Pfg. um 1 Pfg. und von 37 Pfg. an um 2 Pfg. aufgebessert; die wöchentliche Arbeitszeit erfuhr eine Verkürzung um vier Stunden. Daß durch ein derartiges „Resultat“ die Arbeiterschaft in finanzieller Beziehung nicht ganz befriedigt wurde, ist leicht begreiflich. Die Ansicht der Kollegen ging dahin, daß mit der Arbeitszeitverkürzung auch eine Lohnausgleich eintreten müsse. Bei den weiteren Verhandlungen gab die Firma dem Arbeiterausschuß zur Antwort, sie könne nicht mehr geben, die Arbeiter sollten in Zukunft um 6 Uhr anfangen, statt wie bisher um 1/7 Uhr. Ein derartiges Angebot bedarf keiner näheren Beleuchtung mehr, denn es zeigt zur Genüge, wie vorsticht und beschleiben hier bei der Aufbesserung vorgegangen wurde, so daß die Arbeiterschaft nur durch die Verlängerung der Arbeitszeit einen höheren Lohn verdient hätte.

„Je länger die Arbeitszeit — desto höher der Verdienst.“ So dachte nicht bloß die Firma, sondern auch ein Vertrauensmann des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Letzterer suchte mit einer Bitte, die folgende Aufschrift trug, für den Jehnshunderttag Propaganda zu machen: „Die unterzeichneten Arbeiter eruchen die Firma, die zehnjährige Arbeitszeit, wie bisher beibehalten zu wollen.“ Am dem auf den 1. Mai „verlegten“ „Weltfeiertag“ demonstrieren die „Genossen“ bekanntlich für den Achtehunderttag und hier macht ein „Genosse“ wieder alles am „Weltfeiertag“ „Erreichte“ zu nichte.

Nachdem dem Arbeiterausschuß keine weiteren Zugeständnisse gemacht wurden, wurde von den in Frage kommenden Organisationen zu der Sache Stellung genommen und nach längerer Verhandlung ein Lohnausgleich geschaffen, indem sämtliche Stundenlöhne einschließlich der bisherigen Aufbesserung um 3 Pfg. erhöht wurden.

Auch im Bauhloßergewerbe ist es gelungen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich zu regeln, nachdem sich mehrere Kollegen der Organisation angeschlossen haben. Bei diesen Bewegungen hat sich gezeigt, was eine einzige, zusammengeschlossene Arbeiterschaft zu leisten vermag. Darum wollen wir das Band der Organisation um so enger knüpfen und unsere Reihen noch weiter stärken, denn nur auf diese Weise können in Zukunft weitere Erfolge errungen werden.

Versammlungen und Sitzungen haben 36 stattgefunden. Die Mitgliederzahl ist erheblich gestiegen, trotz der Manipulationen der Gegner von rechts und links. 103 Kollegen wurden neu aufgenommen und sind zum Teil aus anderen Verbänden zu uns übergetreten. Das ist die richtige Antwort an unsere Gegner, auch an die hier unter unserer Flagge agitierenden aus dem Hirsch-Dunderstern Lager. Kollege Höchersteiger führte zu diesem Punkte eine Reihe von Fällen aus der letzten Zeit an, die man kaum für möglich halten sollte. — Der Kassenbestand wies eine Einnahme von 2237,34 Mk. und eine Ausgabe von 904,28 Mk. nach.

Hierauf erstattete Bezirksleiter Gengler-Stuttgart den Bericht über den Verbandstag in Dortmund. Die Beschlüsse des Verbandstages, weiterer Ausbau des Unterstützungswezens, Stärkung der Verbandskasse, wurden mit großem Beifall angenommen. Ein aus der Versammlung gestellter Antrag, den bisherigen Lokalzuschlag von 10 Pfg. auch von der 33. Woche ab beizubehalten, wurde nach lebhafter Diskussion einstimmig angenommen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, den echten gewerkschaftlichen Geist, den sie heute gezeigt, auch fernerhin zu bekunden, durch unermüdete Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband erreichte die gut verlaufene Generalversammlung darauf ihr Ende.

Welherhammer. Unsere letzten Zeilen im Verbandsorgan haben gewirkt. Der Mann, der früher alles regierte, ist nicht mehr, d. h. er ist schon noch, aber sein sonst so starker Arm ist erschlafft, zum Leide seiner Freunde. Auf unsere Zeilen hin hat eine Unterjuchung stattgefunden, deren Ergebnis war, daß der Amtsvorstandsvorsitz mit einem neuen Manne besetzt wurde. Der Verband hat also wieder einmal das Seine getan. Die Kollegen haben den Vorteil davon. Innerhalb kurzer Zeit das zweite Mal, daß unsere Beschwerden gegenüber Borgeherten mit Erfolg begleitet waren. Was sagen nun wieder mal die Kollegen dazu, die da immer sagen: „es nützt ja doch nichts?“

Amern (St. Anton). In einer von allen Ständen gut besuchten öffentlichen Gewerkschaftsversammlung sprach am 28. Juli Reichstagsabg. Kollege Giesberts über die christliche Gewerkschaftsbewegung. Nach einem geschichtlichen Rückblick besaßte Redner sich zunächst kurz mit dem bekannten Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager und legte dann ausführlich die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu Religion, Staat und Gesellschaft und zur deutlichen Volkswirtschaft klar. Des weiteren besaßte er sich mit den Widerständen, auf die die christliche Gewerkschaftsbewegung am herrschenden noch vielfach in Kreisen der Landwirtschaft und des Mittelstandes stößt. Hier gelte es noch eine ganze Reihe alteingewurzelter Mißverständnisse und Vorurteile zu beseitigen.

Und nun unsere Stellungnahme zu den Arbeitgebern. Das ist, so ungefähr führte der Redner aus, zweifellos die wichtigste Frage. Mit den Arbeitgebern haben wir christlichen Gewerkschaftler gemeinam das Interesse an einer starken, gesunden Staatsverwaltung und an einer starken, leistungsfähigen Volkswirtschaft. Wenn es den Arbeitgebern schlecht geht, kann es den Arbeitern nicht gut gehen. Nicht das bildet den Streitpunkt zwischen uns und den Arbeitgebern, daß sie Geld verdienen und guten Gewinn erzielen, sondern der Streitpunkt zwischen uns und ihnen besteht 1. in der Anerkennung unserer Organisation und 2. in der Bemessung der Lohn- und in der Regelung der Arbeitsbedingungen. So gut, wie wir den Arbeitgebern das Recht unbedingt zugestehen, sich zu organisieren — sie machen davon ebenso reichlichen Gebrauch wie wir —, so gut müssen wir auch umgekehrt verlangen, daß sie uns das volle Skalarionsrecht und Organisationsfreiheit gewähren. Ueber Lohn- und Arbeitsbedingungen werden zwischen uns immer gewisse Differenzen entstehen. Aber ich kann Ihnen aus meiner langen Erfahrung sagen, daß die Löhne die Arbeitszeiten und was damit zusammenhängt, zum allgeringsten Teil Anlaß zu schweren Streitigkeiten und Arbeitseinstellungen gewesen sind. Darüber läßt sich unter vernünftigen Menschen schon eine Verständigung finden. Eines müssen allerdings auch die Arbeitgeber sich gefallen lassen, daß sie nicht mehr einseitig und ohne die Arbeiter zu fragen, rein nach ihrem geschäftlichen Standpunkte die Lohn- und Arbeits-

bedingungen festsetzen. Wir wollen die Mitwirkung bei diesen Festsetzungen.

Unser Ziel ist hier, zu festen Vereinbarungen zu kommen, die sich überall in Deutschland gut bewähren haben. Wenn die Arbeitgeber glauben, daß die Tarifabmachungen von ihnen die Preisgabe eines altgewohnten Rechtes verlangen, so ist dies ein Vorurteil. Der Arbeitsvertrag ist gesetzlich frei, und wenn man einen Vertrag schließt, so ist es stets ein unhaltbarer Zustand, wenn nur eine Seite die Vertragsbedingung diktiert. Beide Teile müssen ihre Zustimmung dazu geben.

Schlanker sind jedoch die Bestrebungen der Arbeitgeber, die christlichen Gewerkschaften zu bekämpfen. Wir haben leider in den letzten zwei Jahren auch am Niederrhein vereinzelte Fälle, wo Arbeitgeber christliche Arbeiter entlassen, nur, weil sie in der Organisation tätig sind. Das führt zu grundsätzlichen und erbitterten Kämpfen, Arbeitseinstellungen und schließlich großen Schädigungen beider Teile. Während der größte Teil unserer Industriellen am Niederrhein sich längst mit den christlichen Gewerkschaften abgefunden hat und mit ihnen Tarifverträge schließt, sind es einzelne wenige, die sich herein nicht finden können. Das ist tief beauerlich und im Interesse des sozialen Friedens und der gemeinsamen Arbeit lebhaft zu beklagen. Man streift sich vielfach auf die Verfehlungen oder falsche Taktik, wollen wir einmal sagen, einzelner Gewerkschaftler. Die Arbeiter sind so wenig unfehlbar, wie es die Arbeitgeber sind. Aber man kann ihnen einen Fehler eher nachsehen, wie der anderen Seite. Die Arbeiter sind einfache Leute, die infolge ihrer ständigen Arbeit nicht so in der Lage sind, sich zu orientieren und zu studieren. Die Aufklärungsarbeit wird auch hier von uns mit Nachdruck betrieben. Aber man soll solche einzelne Irrtümer nicht der ganzen Bewegung an die Nadelspitze hängen, so wenig wie wir die Hartnäckigkeit und Bosheit einzelner Arbeitgeber dem gesamten Unternehmertum entgelten lassen. Gerade hier am Niederrhein sollte es möglich sein, über solche Differenzen hinweg zu kommen.

Wenn man uns aber fragt, warum wir hier am Niederrhein organisieren, wo es nicht viele Sozialdemokraten gibt, so erwidern wir darauf: 1. wir organisieren uns nicht bloß im Gegensatz zur Sozialdemokratie, sondern um unsere wohlverstandenen und berechtigten Interessen zu wahren und 2. wenn bis jetzt die Sozialdemokratie am Niederrhein noch nicht die Mehrheit und die Herrschaft hat, so danken wir das unserer guten christlich gesinnten Arbeiterbevölkerung und ihren Organisationen. Unterdrückt man hier die christlichen Gewerkschaften, so kann man sehr bald das sozialdemokratische Regiment auch am Niederrhein haben.

Redner forderte alsdann die christlichen Arbeiter auf, treu und opferwillig zu ihrer Organisation zu stehen und sich durch nichts irren lassen zu lassen. Am Niederrhein muß die christliche Gewerkschaftsbewegung die Oberhand behalten; dafür zu sorgen, ist die Pflicht aller christlich denkenden Arbeiter.

Amberg. In letzter Zeit sind eine Reihe von Klagen aus den Kreisen der Arbeiter über verschiedene Vorgefälle am Hofpöfen und in der Gießerei unserer staatlichen Betriebes vorgebracht worden. Wir möchten von dieser Stelle aus zunächst einmal diejenigen warnen, die es angeht. Wir haben nicht Lust, uns mit jedem Ungeheuer herumzuschlagen und wollen deshalb vorerst die Angelegenheiten ab acta legen. Sollten sich die Verhältnisse jedoch nicht bessern, dann müßten wir an die Öffentlichkeit treten, wenn das auch manchem Herren nicht gerade angenehm sein wird.

Durlach. In unserer Versammlung am 11. August erstattete Bezirksleiter Kollege Thelen-Mannheim den Bericht über die Dortmunder Generalversammlung unseres Verbandes. Bei Besprechung der Referate und Beschlüsse zeigte Redner zunächst die Notwendigkeit eines vermehrten Schutzes für die Arbeiter in den Hütten- und Walzwerken, da diese Arbeitererschaft in überlanger Arbeitszeit übermäßig angestrengt sei und infolgedessen frühzeitig degeneriere und arbeitsunfähig werde. Bei der Besprechung der Referate über Deutschlands Zoll- und Handelspolitik zeigte Redner dann an der Hand praktischer Beispiele aus der Gold- und Nähmaschinenindustrie, wie ungemein wichtig es auch für die darin tätigen Arbeiter ist, daß diese Industriezweige bei der Erneuerung unserer Handelsverträge besser geschützt werden. Redner befaßte sich sodann mit den verschiedenen Beschlüssen des Verbandstaates und deren Bedeutung für die Festigung und weitere Entwicklung unseres Verbandes. Namentlich auch durch die Neuregelung der Beiträge habe der Verband für seine Mitgliedschaft einen festen Rückhalt geschaffen, so daß die Mitglieder der Zukunft ruhig entgegenblicken könnten. Zum Schluß besprach Redner dann noch die neugeschaffenen Unterabteilungen und schloß mit der Aufforderung an die Kollegen, tatkräftig im Sinne unseres Verbandes mitzuarbeiten, dann werde auch das in Dortmund geschaffene, den Mitgliedern und dem Verbands reichen Nutzen bringen.

An den Vortrag schloß sich eine lebhaft Diskussion an. Eämtliche anwesende Kollegen mit einer einzigen Ausnahme, erklärten sich für die von der Generalversammlung beschlossenen Reformen. Von der 33. Woche ab sind die Kollegen verpflichtet, die erhöhten Beiträge zu zahlen.

Kollegen von Durlach, zeigt jetzt, daß ihr rechte überzeugte Gewerkschaftler seid; Männer, die für ihre Sache auch die notwendigen Opfer, sowohl materielle wie auch persönliche, zu bringen wissen. Entrichtet pünktlich euren Beitrag, laßt regelmäßig eure Zeitung, besucht pünktlich und gewissenhaft die monatlichen Versammlungen und dann, agitiert mehr noch wie bisher für euren Verband. Ganz gewiß werden wir dann auch auf dem für unsere Sache so schwer zu bearbeitenden Boden das erreichen, was zu erreichen möglich ist. Drauf und dran!

Remscheid. Auch die Kollegen vom Mittelrhein wollen, trotz der hier verhältnismäßig niedrigen Löhne, vor den Kollegen anderer Bezirke an Opferbereitschaft nicht zurückbleiben. Eine am Sonntag den 11. August stattgefundene Mittelrhein-Versammlung, verbunden mit Bezirkskonferenz, in der der stellvertretende Kollege Schmidt-Köln den Bericht von der Generalversammlung erstattete, nahm einstimmig die Erhöhung des Beitrags um 15 Pfg. des Monats vor. Man merke, daß die Mehrzahl der Kollegen erst einige Monate dem Verbands angehört, so ist dem Bericht von besonderer Bedeutung. Die Kollegen des Mittelrheins haben dadurch bewiesen, daß sie dem Verbands und ihrem Beschäftigten das nötige Verständnis entgegenbringen. Es wird aber nicht mehr geschehen. Wir nähern uns dem Herbst und es beginnt die Zeit, wo in der Agitation besser als im Sommer gearbeitet werden kann. In den nächsten Monaten werden wir über die weitere zu ergreifenden Maßnahmen beraten. Tausende von indifferenten Metallarbeitern sind

nach zu gewinnen und schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Das letztere wird aber nur möglich sein, wenn es gelingt, unserem Verbands durch Zuführung weiterer Arbeitskollegen mehr Einfluß zu verschaffen. War es zum Beispiel auf Grund der starken Organisationsverhältnisse möglich, in Andernach für die Kollegen eine 15prozentige Lohn-erhöhung ohne Streik durchzusetzen, haben es die Bauhandwerker auf fast allen Plätzen des Reiches Neuviertel und Umgebung auf Grund ihrer starken Organisation verstanden, einen erhöhten Lohnsatz, einen Tarif zu erringen, so ist es auch für die hiesigen Metallarbeiter die höchste Zeit, sich endlich auf ihre Pflicht zu besinnen und durch die Organisation ihre Lebenshaltung zu verbessern. Die Möglichkeit ist da, ein Stamm von Kollegen ist vorhanden. An uns wird es nun liegen, den Organisationsgedanken weiter zu verbreiten. Also auf zur Tat, stelle ein jeder seinen Mann und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Nieder-Eslohe. Unsere letzte Versammlung hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Kollege Gauer erstattete Bericht vom Verbandstage in Dortmund. Dieser Verbandstag sei wohl einer der glanzvollsten gewesen, die wir bisher zu verzeichnen hatten. Referate und Diskussion legten Zeugnis ab von der Bildungsarbeit, die unser Verband in der Vergangenheit geleistet habe. Die Einmütigkeit und Geschlossenheit, mit der die Beitragserhöhung sowie alle übrigen Anträge Annahme gefunden, sei ein Zeichen der inneren Gesundheit unseres Verbandes und ließe uns zuversichtlich in die Zukunft schauen. Es wurden die auf dem Verbandstage angenommenen Resolutionen zur Kenntnis gebracht und die vorgenommenen Statutenänderungen besprochen.

Eine rege Diskussion förderte die einmütige Stimmung zu Tage, daß es vom letzten Verbandstag richtig gehandelt war, für eine weitere Stärkung unserer Kriegskasse zu sorgen.

Kollegen! Man heißt es, die Anregungen, die unsere Generalversammlung gegeben, in die Tat umzusetzen. Zeigen wir, daß auch in Nieder-Eslohe der richtige Gewerkschaftsgeist herrscht, der sich mitverantwortlich fühlt für das Erstarken und das Wachstum unseres Verbandes. Treten wir Mann für Mann in die Agitation ein für unseren christlichen Metallarbeiterverband.

Soziales

Gesellschaft für Soziale Reform.

In dem Tätigkeitsbericht der Gesellschaft für 1910/12 stellt der Generalsekretär Prof. Dr. E. Franke fest, daß an allen in letzter Zeit zum Abschluß gelangten sozialen Gesetzen (Reichsversicherungsordnung, Hausarbeitsgesetz, Privatbeamtenversicherung) die Gesellschaft nicht nur durch jahrelange eingehende Vorarbeiten beteiligt war, sondern daß es vielfach führende Mitglieder der Gesellschaft waren, die sich im Laufe der parlamentarischen Verhandlungen wesentliche Verdienste um das Zustandekommen der Gesetze erworben haben. Die Hauptarbeitsgebiete der Gesellschaft für Soziale Reform in den verfloffenen zwei Jahren waren auf die Weiterverfolgung der Privatangelegenheiten, die auf der 4. Hauptversammlung 1909 in Frankfurt a. M. behandelt worden waren, sowie die Aufnahme der Jugendlohnfrage, die den Verhandlungsgegenstand der vom 11. bis 13. Mai 1911 in Berlin abgehaltenen fünften Hauptversammlung bildete. Diesen Hauptarbeitsgebieten sind auch eine Reihe von neuen Schritten der Gesellschaft gewidmet (Verlag von Gustav Fischer, Jena). Als neue Arbeitsgebiete, die auf der kommenden Generalversammlung 1913 behandelt werden sollen, wird die Gesellschaft in Angriff nehmen: 1. Ausbau des Einigungsvereins bei Arbeitskämpfen; 2. Wichtige Rechtsfragen des Arbeitsvertrages.

In einer Reihe schwerwiegender sozialpolitischer Fragen (Angelegenheiten im Gastwirtschafts- und Bekleidungs- und Kleidergewerbe, Ausbau der Gewerbeinspektion) hat die Gesellschaft in Eingaben an die maßgebenden Behörden Stellung genommen. An das Internationale Arbeitsamt in Basel wurden eine Reihe wissenschaftlicher Gutachten erstattet, um eine internationale Regelung der Arbeiterbeschäftigung vorzubereiten; hier kommt z. B. die einheitliche Stellung der Arbeiter in der Versicherung in Betracht, ferner der Schutz der Jugendlichen, die Regelung der Arbeitszeit in der Großindustrie. Die Gesellschaft hat eine Reihe von Ortsgruppen, ferner sind ihr zahlreiche Berufsverbände aller Art korporativ angeschlossen. Die Zusammenarbeit von Parlamentariern aller Parteien mit den verschiedenen Richtungen der Arbeitnehmerorganisationen auf dem neutralen Boden der Gesellschaft für Soziale Reform hat sich als besonders fördernd erwiesen. Der Gesellschaft für Soziale Reform gehören durch ihre Zentralen oder Einzelvereine rund 1.170.000 Arbeitnehmer aller Art an. (Interessierten wird der Tätigkeitsbericht zugestellt durch die Geschäftsstelle der Gesellschaft, Berlin, W. 30. Kollendammstr. 29/30.)

Literarisches.

Führer durch die soziale, staatsbürgerliche sozialpolitische und wirtschaftliche Literatur. Unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterverhältnisse und -bedürfnisse. 80(52) Köln, Christlicher Gewerkschaftsverlag. Preis 50 Pfg.

Die Bildungstätigkeit hat in den letzten Jahren in unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht nur allein an Bedeutung erheblich zugenommen, sondern sie ist auch mehr und mehr in ein System gebracht worden, das den Bedürfnissen des Arbeiterstandes nach Möglichkeit Rechnung trägt. Der Bildungshunger, welcher insbesondere die organisierten Arbeiter auszeichnet, ist eine ihre Verurteilung, wahllos alles das an Literatur in sich aufzunehmen, was sich gerade dem Suchenden darbietet und so der Halb- und Unbildung anheim zu fallen, die mitunter schlimmer wirkt als Ungebildetheit. Unter diesen Umständen muß jeder Versuch, dem Arbeiterleider gute und zugleich billige Literatur zu vermitteln, als ein Verdienst und die Arbeiterfrage bezeichnet werden. Nur stößt die Ausübung auf manche Schwierigkeiten. Denn gute volkswirtschaftliche, staatsbürgerliche und sonstige einschlägige Literatur ist meist teuer oder sie ist nicht leicht zu beschaffen. Die neueren billigen populär-wissenschaftliche Literatur unserer großen Verlagsverlage aber behandelt meist nur Einzelfragen eines bestimmten Gebiets, so daß hier eine zweckentsprechende Zusammenfassung notwendig ist.

Alle diese Schwierigkeiten Rechnung zu tragen und dennoch dem Arbeiterleider eine stammbändig zusammengestellte Auswahl an Literatur zu verschaffen, bemüht sich das oben angegebene, im Christlichen Gewerkschaftsverlag in Köln (Schließung 1911, 1912) herausgegebene Buch. Es will ein erster Ver-

such sein, von dem aber trotzdem erwartet werden kann, daß er schon in seiner ersten Form gute Wirkungen auslöst. Eine kurze Einleitung führt den Leser u. a. in die Kunst des Lesens ein und gibt ihm einen Plan an die Hand für die zweckmäßige Einteilung seiner Lektüre, ein Plan, der auch bei der Anlage kleiner Bibliotheken mit Nutzen zu Grunde gelegt werden kann. Der Hauptteil der Schrift bringt sodann eine systematisch gegliederte Uebersicht über die wichtigsten, gute und billige Literatur, wie sie im Titel bezeichnet worden ist. Damit sich der Leser über Charakter und Tendenz der Schrift schon vor der Anschaffung klar sei, sind überall dort, wo es notwendig erschien, entsprechende kleine Anmerkungen angebracht worden.

Möge die kleine Schrift in den Kreisen unserer Kollegen, an die sie sich in erster Linie wendet, weite Verbreitung finden! Es kann aber auch jeder Nichtarbeiter, der sich um das Eindringen in soziale Dinge bemüht — und deren gibt es ja glücklicherweise sehr viele! — zu dem Schriftchen greifen, um sich das Material für eine erste Einführung zusammenzustellen.

Briefkasten.

Nach Ulm. Von der Veröffentlichung der angeführten Einzelheiten wollen wir einstweilen noch Abstand nehmen. Besten Gruß.

Sterbetafel.

Dortmund-Selm. Am 4. August starb unser Kollege Friedrich Mengelkamp im Alter von 24 Jahren an Schlaganfall.

Köln-Chrenfeld. Am 9. August starb unser Kollege Math. Hüppeler, Schraubenschneider, an den Folgen eines Lungen- und Nervenleidens im 50. Lebensjahre.

Chreihrem Unbenken!

Versammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen! Veräumt ohne triftigen Grund keine Versammlung! Samstag, den 24. August. Bremen. Abends 8.45 Uhr im Colosseum, Düffeldorfstraße 1. Düsseldorf-Ratingen. Abends 9 Uhr bei Kirten, Bechmerstraße. Gießen. Abends 8.30 Uhr im Weinwirtschaften Hof. Gelsenkirchen-Neustadt. Abends 8 Uhr im Rührat-Restaurant. Hamburg. Abends 9 Uhr bei Schröder, Zalkstraße 97. Köln-Simboldt-Kolonie. Abends 9 Uhr bei Guth, Walfstraße. Köln-Stadt. Abends 9 Uhr im Bierfeld, Breitestraße. Neuwied. Abends 8.30 Uhr bei Gelsmann, Wilhelmstraße 30. Siegburg. Abends 8.30 Uhr im Lokale Minoriten, außerordentliche Mitgliederversammlung. Neuwied des 1. und 2. Vorstehenden. Weibert. Abends 8.30 Uhr bei Fehlinger, Kirchstraße 12.

Sonntag, den 25. August. Andernach. Vorm. 11 Uhr bei Gamm. Berlin-Derschowweide. Abends 7 Uhr bei Olesch. Buchholz. Vorm. 11 Uhr bei Küpper, Düffeldorfstraße. Coblenz. Kartenausflug nach Niederlahnstein. Treffpunkt 2 Uhr in Coblenz, Festhalle. Die Kollegen aus den Nachbarbezirken sind herzlich eingeladen. Düsseldorf-Rath. Vorm. 11 Uhr bei Kreffinger, „Rathher Kreuzweg“, Mühlentstraße. Dortmund-Witten. Vorm. 11 Uhr bei Wibeke, Augustastr. Düffeldorf-Verbit. Vorm. 11 Uhr bei Wölges, Eberstraße 183. Duisburg-Verwaltungsstelle. Vorm. 11 Uhr öffentliche Metallarbeiterversammlungen in den Stadtteilen Hochfeld, Nordorf, Wauheimervort und K-Herfeld. Als Redner sind tüchtige auswärtige Kollegen gewonnen. Unsere Mitglieder werden ersucht, für guten Besuch der Versammlungen Sorge zu tragen. Duisburg-Hochfeld. Vorm. 11 Uhr bei Giesen, Bankelmerstr. Duisburg-Wauheimervort. Vorm. 11 Uhr bei Jünger, Gärtnerstr. Duisburg-Nordorf. Vorm. 11 Uhr bei Büttner, Koloniestr. 99. Duisburg-Käckerfeld. Vorm. 11 Uhr bei Julius Küpper, Rührerstraße. Duisburg-Meiderich. Nachm. 4 Uhr bei Hoyerkamp, Garfstrückerstraße. T.-D.: Bericht von der Verbandsgeneralversammlung. Gladbeck. Nachm. 4 Uhr bei Horstpot (Christl. Gewerkschaftshaus). Großenbaum. Vorm. 11 Uhr bei Blankenheim. Neunkirchen. Abends 8 Uhr bei Schleppl, „zum Stern“. Poulheim. Morgens 11 Uhr bei Kämmerting, Venloerstraße 187. Rath-Deumar. Morgens 11 Uhr bei Krein, Wälderstraße. Wallan. Nachm. 3.30 Uhr bei S. Heutel XVI. außerordentliche Mitgliederversammlung. Bericht vom Verbandstag. Uerdingen. Vorm. 11 Uhr bei Schmidt, „zum Parlament“.

Dienstag, den 27. August. Mülheim-Rhein. Abends 8.30 Uhr im Lokale Reibholz, Regentenstraße. Wichtige Tagesordnung. Kein Kollege fehle. Mittwoch, den 28. August. Weibert-Former. Abends 8.30 Uhr bei Fehlinger, Kirchstraße 12. Freitag, den 30. August. Gamborn. Abends 8 Uhr Vertrauensmännerversammlung bei Freundlieb, am Neumarkt. Samstag, den 31. August. Dortmund 1. Abends 9 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus, Westerbühlstraße. Düffeldorf-Mittelstadt. Abends 9 Uhr bei Stier, Hundrückenstraße. Karlsruhe. Abends 8.30 Uhr im Palmgarten, Herrenstraße 34a. Köln-Kalk. Abends 9 Uhr bei Hüntgesberg, Breuerstraße 14. Köln-Chrenfeld. Abends 9 Uhr bei Antker, Kieperstraße. Stuttgart-Ludwigsburg. Abends 6 Uhr bei Weilmann.

Sonntag, den 1. September. Beckum. Vorm. 11 Uhr bei C. B. Schrüffe, am Markt. Bellheim. Versammlung im „Kreuz“. Berlin-Jugendliche. Nachm. 3 Uhr im „Deutschen Gärtnerheim“, Sivalonerstraße 53. Bonn. Vorm. 10 Uhr bei Witz, Wilhelmstraße. Wichtige Tagesordnung. Brühl. Morgens 10.30 Uhr bei Witz, Griesberg, Uhlstraße 8. Dorsten. Morgens 11 Uhr bei Güter. Gamborn. Nachm. 2.30 Uhr bei Freundlieb, am Neumarkt. Köln-Ringit. Morgens 11 Uhr bei Geur. Dür. Dülheimerstraße. Köln-Voll. Morgens 11 Uhr bei Georg Fehlbender, Gampstr. 28. Neuviertel. Vorm. 11 Uhr im Lokale „Drei Schweizer“. Stromberg-Nawort-Kaan. Nachm. 4 Uhr bei Schmidt in Stromberg e. g. Referent: Bezirksleiter Schmidt-Köln. Schwelm. Vorm. 11 Uhr bei Wiese, Bahnhofsstraße. Trier. Vorm. 11 Uhr bei Kirchen, an der Meerkaßkaserne.

10 tüchtige Former werden bei gutem Lohn für dauernde Beschäftigung gesucht. Näheres durch unser Verbandsbüro in Bremen, Schönebeckstr. 103 p.

Tüchtige Former werden nach Erfurt gesucht. Näheres durch den Kollegen M. Kühn, Erfurt N., Seidstr. 79 1.

Ein tüchtiger Feilenhauer auf Schlichteisen und Raspeln, selbständiger für dauernd gesucht. Näheres durch den Kollegen W. Wagner, München, Bayerstraße 25, Dlg.